



## 0. Eröffnung der Stadtratssitzung

**Stadtratspräsidentin Helena Morgenthaler (SVP)** begrüsst die Mitglieder des Gemeinde- und des Stadtrats, die Gäste im Saal und die zwei uniformierten Kantonspolizisten zur vierten Stadtratssitzung im Jahre 2015.

Seit der letzten Sitzung seien die Anlässe "langenthal.bewegt", "Langenthal belebt 2015" und "Powwow" nebst vielen weiteren Events, die in einem etwas privateren Rahmen stattgefunden haben, über die Bühne gegangen. Die drei genannten Anlässe seien auch wettermässig ein voller Erfolg gewesen. Das Engagement von vielen freiwilligen Helfern sowie von Angestellten der Stadt sei dazu nötig gewesen, wofür sie diesen herzlich danke.

Noch nie in der Geschichte der Menschheit seien so viele Leute auf der Flucht gewesen, wie in der heutigen Zeit. Gegenwärtig seien ca. unglaubliche 60 Mio. Menschen von diesem Schicksal betroffen. Die Bilder in den Medien seien belastend. Unser südliches Nachbarland tue was es könne, werde aber von der EU zur Zeit ziemlich alleingelassen. Persönlich erachte sie es als Privileg und als Glück in der Schweiz geboren worden zu sein oder noch geboren zu werden. Es gelte Sorge zur Schweiz sowie zu den Institutionen der Schweiz zu tragen.

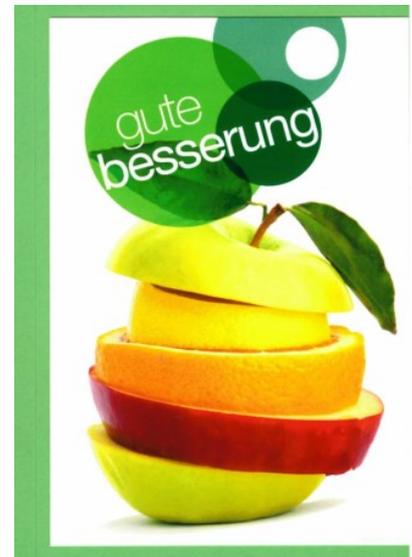
Aus gesundheitlichen Gründen nehme der FDP-Stadtrat Markus Bösiger an der heutigen Sitzung nicht teil. Markus Bösiger habe am Donnerstag vor einer Woche einen Herzinfarkt erlitten. Obschon es sich um eine eher leichtere Form eines Infarkts handle, brauche Markus Bösiger ein paar Wochen Zeit für die Rekonvaleszenz. Markus Bösiger habe heute im SRO mit seiner Therapie begonnen. Er lasse alle an der Sitzung Anwesenden herzlich grüssen. Sie bitte die unter den Parlamentarierinnen und Parlamentariern zirkulierende, für Stadtrat Markus Bösiger vorbereitete Genesungskarte zu unterzeichnen.

Das Protokoll der Sitzung vom 4. Mai 2015 liege vor und könne online eingesehen werden. Unter Verdankung für dessen Verfassung erteile sie der Protokollführerin das Wort zum **Appell**:

- **33** Stadträtinnen und Stadträte sind anwesend.<sup>1</sup>
  - **6** Mitglieder des Stadtrates sind entschuldigt abwesend.
- **7** Mitglieder des Gemeinderats sind anwesend.

**Stadtratspräsidentin Helena Morgenthaler (SVP)** stellt zu Händen des Protokolls die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest. Das absolute Mehr an Stimmen zum Zeitpunkt des Appells betrage 17.

Der Versand der Traktandenliste sowie die Aktenauflage seien vorschriftsgemäss erfolgt und Bemerkungen zur Traktandenliste weder angemeldet noch vorliegend.



---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
- 

---

<sup>1</sup> Anmerkung der Protokollführung: Zum Appell sind 33 Stadratsmitglieder anwesend. Ab 19.51 Uhr (Abstimmung Traktandum Nr. 1) sind 34 Stadratsmitglieder anwesend.



## 1. Gemeinderechnung für das Jahr 2014; Genehmigung

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Stadtratspräsidentin Helena Morgenthaler (SVP):** Um im Bedarfsfall Fragen zu beantworten, sei am heutigen Abend die Revisionsstelle (Ernst & Young AG, Bern) durch den anwesenden Herrn Andreas Nenniger vertreten.

Zum vorliegenden Geschäft werde Herr Gemeinderat Jürg Häusler als der Ressortvorsteher Finanz- und Steuerwesen sowie Herr Stadtpräsident Thomas Rufener als der Präsident der Pensionskassenkommission Bericht erstatten.

**Gemeinderat Jürg Häusler (SVP):** Wieder einmal sei es an der Zeit, die Rechnung des vergangenen Jahres zu präsentieren. Die entsprechenden daraus gezogenen Schlüsse seien bereits in den Budgetprozess 2016 geflossen, der sich seinerseits auch schon wieder in der Schlussphase befinde.

Bevor er die Rechnung 2014 vorstelle, verweise er auf die zwei allen Stadträtinnen und Stadträten an ihren Plätzen vorliegenden Dokumente ("Memo des Finanzamtes vom 18. Juni 2015" und die dazugehörige aktualisierte Liste "Nachkreditabelle").

Im Verlauf der letzten Woche habe ein aufmerksames Mitglied aus den Reihen der Stadträtinnen und Stadträte festgestellt, dass die in der Broschüre "Rechnung 2014" (Seiten 45 – 52) dargestellte Nachkreditabelle unvollständig nachgeführt und damit unvollständig abgedruckt sei. Der Gemeinderat habe daraufhin das Finanzamt umgehend damit beauftragt, vertiefte Abklärungen zu treffen, um den Mangel zu beheben.

Festgestellt worden sei, dass sämtliche Kredite vom jeweils zuständigen Organ beschlossen worden seien und, dass diese in der Jahresrechnung auch entsprechend berücksichtigt worden seien. Vom Finanzamt werde versichert, dass die Jahresrechnung materiell korrekt sei, was von der Revisionsstelle ebenso bestätigt werde.

Unvollständig sei demgemäss einzig die in der Broschüre "Rechnung 2014" abgedruckte Nachkreditabelle (Seiten 45 – 52), womit es sich um einen redaktionellen Fehler handle. Der Vollständigkeit halber liege die aktualisierte Version dieser Nachkreditabelle deshalb allen Mitgliedern des Parlaments vor.

Der Gemeinderat bedauere diesen Fehler sehr und bitte den Rat um Entschuldigung. Da die fehlerhaft gedruckte Liste keinen Einfluss auf die Zahlen der Jahresrechnung nehme, könne die Rechnung 2014 am heutigen Abend verabschiedet werden.





stadtlangenthal

## Rechnung 2014 – Stadt Langenthal

### Ergebnis

#### Vergleich Rechnung / Voranschlag

Aufwandüberschuss Laufende Rechnung	Fr. - 10'917'123.77
Aufwandüberschuss gemäss Voranschlag	Fr. - 12'364'874.00
Verbesserung gegenüber Voranschlag	Fr. 1'447'750.23

Vergleich Rechnung 2013: Fr. - 7'647'642.22

Präsentation: Sitzung 22.06.2015

Die Rechnung 2014 schliesse im Vergleich mit dem Voranschlag um rund Fr. 1.5 Mio besser ab.

Auch im Jahr 2014 hätten Sonderfaktoren und vor allem eine gute Budgetdisziplin zur Verbesserung beigetragen.

Ein Vergleich mit der Rechnung des Jahres 2013 zeige allerdings, dass eine Verschlechterung von mehr als Fr. 3 Mio. hingenommen werden müsse.

Zur Analyse und zur Vergleichbarkeit des Ergebnisses (Rechnung/Voranschlag) seien wie üblich die übrigen Abschreibungen aus dem Aufwandüberschuss zu eliminieren.

Daneben und als eigentliche Sonderfaktoren seien die Steuerteilungen (- Fr. 900'000.00) ungewohnt schlecht ausgefallen. In der Regel nehme die Stadt Langenthal zwischen Fr. 600'000.00 und Fr. 1,5 Mio. ein.

Die schlechten Werte seien auf zwei Unternehmen zurückzuführen, denen sechs Jahre zurückliegende Steuerteilungspläne zugestellt worden seien, so dass die Stadt Langenthal anderen Gemeinden namhafte Beträge habe abliefern müssen. Die Steuerteilungsabgänge dieser beiden Unternehmen seien aus der Tabelle eliminiert worden, um ein vergleichbares Ergebnis zu erhalten.

stadtlangenthal

## Rechnung 2014 – Stadt Langenthal

in Fr.	Jahresrechnung 2014	Voranschlag 2014
<b>Aufwandüberschuss</b>	<b>- 10.92 Mio.</b>	<b>- 12.36 Mio.</b>
Übrige, d.h. freiwillige Abschreibungen	+ 3.98 Mio.	+ 3.95 Mio.
Einzelne Steuerteilungen aus lange zurückliegenden Perioden	+ 1.50 Mio.	0.00 Mio.
Bildung Rückstellung Steuerteilungen	+ 0.80 Mio.	0.00 Mio.
<b>"Bereinigtes Ergebnis" 2014</b>	<b>- 4.64 Mio.</b>	<b>- 8.41 Mio.</b>
Zur Information: Bereinigtes Ergebnis 2013:	- 4.15 Mio.	

Präsentation: Sitzung 22.06.2015

Auch eine Rückstellung von Fr. 800'000.00 für Steuerteilungstatbestände seien berücksichtigt worden, weil angenommen werde, dass für die beiden Unternehmungen auch im nächsten Jahr etwas nachbezahlt werden müsse. Weitere wirkliche Sonderfaktoren wie beispielsweise Liegenschaftsverkäufe seien im Jahr 2014 keine zu verzeichnen. Das bereinigte Ergebnis betrage Fr. 4,6 Mio. und liege somit deutlich unter dem Budgetwert und nur leicht über dem Wert der Rechnung 2013.

stadtlangenthal

## Rechnung 2014 – Stadt Langenthal

### Bereiche mit positiver Wirkung

Mehrerträge	Rg 14	VA 14	Verbesserung
■ Gewinn-, Kapital-, Holdingsteuern JP	5.5 Mio.	4.1 Mio.	1.4 Mio.
■ Netto-Mehrerträge im Bereich Sozialdienst	div.	Div.	0.7 Mio.
■ Wertschriften-/Zinserträge	1.0 Mio.	0.8 Mio.	0.2 Mio.
■ Grundstückgewinnsteuern	0.7 Mio.	0.5 Mio.	0.2 Mio.
■ Militärische Einquartierung, Erträge	0.4 Mio.	0.2 Mio.	0.2 Mio.
■ Bestattungswesen, Erträge	1.0 Mio.	0.8 Mio.	0.2 Mio.
■ Zivilschutz, Erträge	0.4 Mio.	0.3 Mio.	0.1 Mio.

Präsentation: Sitzung 22.06.2015

Die rekordhohen Gewinnsteuern seien sehr erfreulich. Trotz der vorhin erwähnten Steuerteilungen bzw. der Steuerteilungs-Abgänge von zwei Unternehmen, seien Steuerteilungen auch Teil einer erfreulichen Entwicklung, da vermehrt mit Steuerteilungen von grösseren Langenthaler Unternehmen gerechnet werde.

Allerdings werde wegen des starken Schweizer Frankens und der damit verbundenen schwächelnden Konjunktur ein Rückgang bei den Gewinnsteuern - wenn nicht schon im Laufe des Jahres 2015 dann doch aber spätestens ab dem Jahr 2016 – erwartet.

Nebst einigen Mehrerträgen im Bereich Sozialdienst, die insbesondere auf höhere Abgeltungen des Lastenausgleichs zurückzuführen seien, habe auch das Wertschriften-Portfolio besser rentiert. Wenn nicht ansehnliche Rückstellungen für Kursgewinne gebildet werden müssten, wären die Wertschriftenerträge noch deutlich grösser ausgefallen.



Die weiteren Steigerungen seien ebenso erfreulich, obschon diese in der vorliegenden Höhe kaum voraussehbar gewesen seien. Im Übrigen seien die im letzten Jahr (2013) festgestellten sehr hohen Nachsteuern im Jahr 2014 nicht wieder so hoch ausgefallen.

stadtlangenthal

### Rechnung 2014 – Stadt Langenthal

**Bereiche mit positiver Wirkung**

	Rg 14	VA 14	Verbesserung
<b>Minderaufwendungen</b>			
■ Harmonisierte (steuerfin.) Abschreibungen	4.8 Mio.	5.6 Mio.	0.8 Mio.
■ Lehrergehaltskosten/Schul-Infrastrukturkosten	div.	Div.	0.6 Mio.
■ Div. Stadtbauamt	Div.	Div.	0.4 Mio.
■ Div. ABiKuS (Schule/Sport)	Div.	Div.	0.4 Mio.
■ Lastenausgleich ÖV	1.6 Mio.	1.8 Mio.	0.2 Mio.
■ Lastenausgleich EL	3.0 Mio.	3.2 Mio.	0.2 Mio.
■ Zinsaufwand	0.2 Mio.	0.3 Mio.	0.1 Mio.

Präsentation Seite 22/06.2015

Nebst tieferen Abschreibungen, die wegen nicht ganz erreichter Investitionswerte zu Stande gekommen seien, zeige sich eine deutliche Verbesserung in den Lehrergehaltskosten. Einerseits seien Klassenschliessungen der Grund dafür, andererseits sei aber vorsichtig auf dem neuen Abrechnungsmodus (Finanzierung Volksschule) budgetiert worden.

Selbstverständlich finde das Schliessen von Klassen nicht blindlings statt. Wo die Klassen-grösse aber deutlich unter dem Durchschnitt liege, werde in Absprache mit dem Schulinspektorat reagiert und die Klassenanzahl optimiert.

Die Kosten der beiden Positionen im Lastenausgleich (Ergänzungsleistungen und öffentlicher Verkehr) seien weniger stark angewachsen als prognostiziert. Aufgrund tieferer Investitionskosten seien Darlehensaufnahmen verschoben worden, was zu tieferem Zinsaufwand führe.

Die erzielten Einsparungen im Sach- und im Personalaufwand der Verwaltung seien erfreulich. Die Personalkosten seien vor allem im Stadtbauamt und im Amt für Bildung, Kultur und Sport eingespart worden.

stadtlangenthal

### Rechnung 2014 – Stadt Langenthal

**Bereiche mit negativer Wirkung**

	Rg 14	VA 14	Verschlechterung
<b>Mehraufwendungen</b>			
■ Lastenausgleich Sozialhilfe	7.5 Mio.	6.9 Mio.	-0.6 Mio.
■ Div. ABiKuS (Kultur) und Präsidiales	Div.	Div.	-0.3 Mio.
<b>Mindererträge</b>			
■ Steuerteilung JP/NP mit anderen Gemeinden	-0.9 Mio.	1.2 Mio.	-2.1 Mio.
■ Rückstellung Steuerteilung JP	-0.8 Mio.	0.0 Mio.	-0.8 Mio.
■ Einkommens- und Vermögenssteuern NP	23.7 Mio.	24.1 Mio.	-0.4 Mio.
■ Finanzausgleich (Disparitätenabbau)	1.6 Mio.	1.8 Mio.	-0.2 Mio.

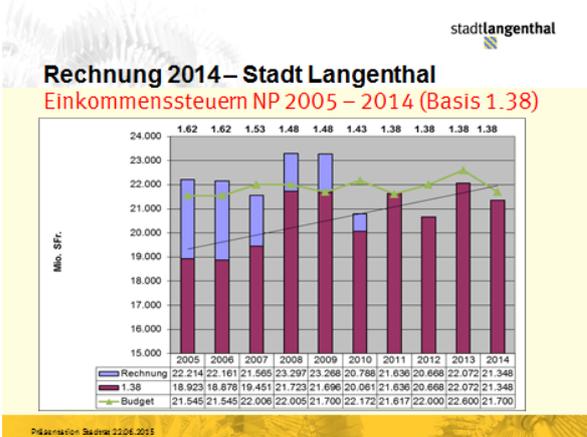
Präsentation Seite 22/06.2015

Die Kosten der Sozialhilfe im Lastenausgleich seien deutlich stärker angewachsen als erwartet.

Auch in den Bereichen Kultur und Präsidiales sei ein Anstieg von Kosten zu verzeichnen. Dem Präsidialen sei der Bereich IT angegliedert. Obschon die Eingliederung der Tagesschulen in die Stadtverwaltung einmalige höhere IT-Kosten ausgelöst habe, werde sich die Eingliederung organisatorisch und finanziell künftig lohnen.

Nebst den Mindererträgen, die durch die Steuer-teilungen generiert worden seien, müsse auch ein eher durchschnittliches Einkommenssteuerjahr hingenommen werden.

Aufgrund guter Steuererträge der juristischen und natürlichen Personen im Jahre 2013, sei der Ertrag aus dem Finanzausgleich entsprechend reduziert worden.

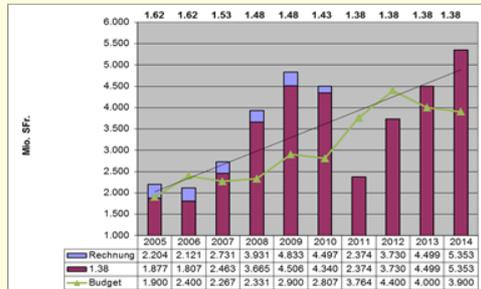


Auch wenn das Jahr 2014 ein durchschnittliches Jahr darstelle, zeige der Trend nach oben, obschon die Steueranlage seit dem Jahr 2007 zurückgenommen worden sei.



stadtlangenthal

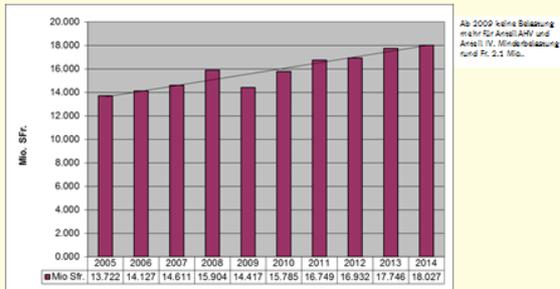
## Rechnung 2014 – Stadt Langenthal Gewinnsteuern JP 2005 – 2014 (Basis 1.38)



Präsentation Seite 22/26.2015

stadtlangenthal

## Rechnung 2014 – Stadt Langenthal Anteil Lastenverteilsystem Kanton (2005-2014)



Präsentation Seite 22/26.2015

stadtlangenthal

## Rechnung 2014 – Stadt Langenthal

### Investitionen

- Bruttoinvestitionen 12.0 Mio.
- Beiträge, Subventionen, Rückzahlungen 0.6 Mio.
- Nettoinvestitionen 11.4 Mio.
- > **Minderausgaben gegenüber Investitionsplan 2014 - 2018 4.4 Mio.**  
-> 72% Realisierung (Basis Nettoinvestitionen)

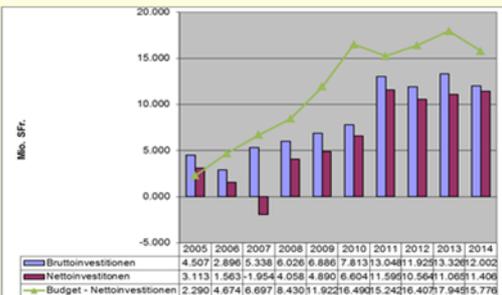
### Die grössten Investitionen im Rechnungsjahr

- Kreuzfeld K 4 - Sanierung 5.6 Mio.
- Obere Marktgasse inkl. Beleuchtung 1.2 Mio.
- ict4kids 0.8 Mio.
- Sanierung Stadttheater, Projektierung 0.7 Mio.
- Krematorium Rauchgasreinigungsanlage 0.4 Mio.
- Strassenlärm-Sanierungsprojekt 0.5 Mio.

Präsentation Seite 22/26.2015

stadtlangenthal

## Rechnung 2014 – Stadt Langenthal Investitionen 2005 – 2014



Präsentation Seite 22/26.2015

Das Gewinnsteuer-Diagramm präsentiert sich sehr erfreulich. Im Vergleich mit dem Jahr 2012 sei eine Zunahme von fast Fr. 3 Mio. zu verzeichnen. Es gelte sich allerdings bewusst zu sein, dass die Gewinnsteuern als sehr volatil betrachtet werden müssen, da Einbussen von mehreren Millionen Franken jederzeit möglich sein können und dementsprechend schwierig zu prognostizieren seien. Leichte Einbussen wie beispielsweise im Jahr 2011 seien möglich.

Obwohl die Stadt nicht von einer oder zwei Unternehmungen abhängig sei, schwebte das Damoklesschwert "starker Schweizer-Franken" über sämtlichen Firmen, die in irgendeiner Form exportorientiert seien.

Auch im Jahr 2014 habe das Wachstum wieder zugenommen. Im Vergleich zu vor 5 Jahren seien die Kosten um Fr. 2,3 Mio. angestiegen, was einem Steuerzehntel entspreche. Ein 10-Jahres-Vergleich zeige sogar eine Zunahme um Fr. 4,3 Mio., was zwei Steuerzehnteln entspreche.

Im Jahr 2014 habe zwar eine gewisse Kostenstagnation stattgefunden. Anders als im Schulkostenbereich könne die Stadt darauf (beispielsweise mit der Schliessung von Klassen etc.) aber recht wenig Einfluss nehmen.

Die Investitionen 2014 würden einen sehr hohen Wert aufweisen, wengleich die ambitionöse Investitionsplanung wiederum nicht erreicht worden sei.

Auf der Basis der Nettoinvestitionen betrage der erzielte Erreichungsgrad 72%. Viel höhere Werte seien mit den bestehenden Kapazitäten wahrscheinlich kaum machbar.

Seit dem Jahre 2011 werde die 10-Millionen-Franken-Grenze von Investitionen jeweils erreicht, wogegen die hohen geplanten Werte von Franken 15,0 Mio. oder Franken 17,0 Mio. kaum erreichbar seien.

Obschon sich alltägliche Verzögerungen im Diagramm kaum niederschlagen, seien doch einige kleinere Vorhaben immer wieder mal verschoben worden, weil die entsprechenden Kapazitäten eben fehlen.



## Rechnung 2014– Stadt Langenthal

### Zusammenfassung

Aufwand	Voranschlag	107.9 Mio.
	Rechnung	107.1 Mio.
	Verbesserung	0.8 Mio.
Ertrag	Voranschlag	95.5 Mio.
	Rechnung	96.2 Mio.
	Verbesserung	0.7 Mio.
Ergebnis	Voranschlag	- 12.4 Mio.
	Rechnung	- 10.9 Mio.
	Verbesserung	1.5 Mio.

Präsentation: Saalwe 22.06.2015

Die Entwicklung der Kosten sei im Vergleich mit dem Voranschlag deutlich besser ausgefallen. Auch die Erträge seien höher ausgefallen, als budgetiert.

Das Ergebnis präsentiere sich mit Fr. 1,5 Mio. besser, als vor rund 19 Monaten anlässlich der Budgetvorstellung prognostiziert worden sei.

Wenn die Steuerteilungen im normalen Rahmen ausgefallen wären, könnte das Ergebnis insgesamt als erfreulicher bezeichnet werden, da in vielen Bereichen bessere Resultate erzielt worden seien, als budgetiert.

## Rechnung 2014– Stadt Langenthal

### Einordnung des Ergebnisses

- Ergebnis durchzogen, deutlich besser als budgetiert
- Steuerteilungen trüben den Eindruck
- Steuererträge JP: Sehr erfreulich, aber mit gewisser Vorsicht zu geniessen
- Steuererträge NP: enttäuschend (Budget und Vorjahreswert nicht erreicht)
- Erfreulich: Personalaufwand und Sachaufwand besser als budgetiert
- Lastenausgleich: weiterer Anstieg zu verzeichnen, wenn auch leicht gebremst

Präsentation: Saalwe 22.06.2015

Insbesondere die höheren Steuereinnahmen bei den juristischen Personen sowie höhere Einnahmen in Teilbereichen vermögen die Rechnung zu erhellen, wogegen die Steuereinnahmen der natürlichen Personen eher enttäuschen.

Besonders erfreulich sei, dass die Kosten dort, wo die Stadt direkt Einfluss nehmen könne, tiefer ausgefallen seien, wofür er im Namen des Gemeinderates allen Mitarbeitenden und den dafür Verantwortlichen danke.

Mit dem "Projekt Aufgabenüberprüfung und Ertragspotenzialanalyse (AEA)" und einer straffen Budgetierung der Jahre 2015 und 2016 werde das nach wie vor vorhandene strukturelle Defizit reduziert.

Ungemach drohe allerdings nach wie vor bei den Sozialhilfekosten. In diesem Bereich sei in absehbarer Zeit kaum eine Trendwende zu erwarten oder in greifbarer Nähe. Zu berücksichtigen sei auch die so genannte Unternehmenssteuerreform 3, die mit Sicherheit mittelfristig zu substantziellen Gewinnsteuereinzüssen führen werde.

## Rechnung 2014– Stadt Langenthal

### Beschluss

1. Die Gemeinderrechnung für das Jahr 2014, umfassend
  - die Verwaltungsrechnung (= Investitionsrechnung und Laufende Rechnung) und Bestandesrechnung der Stadt Langenthal
  - die Rechnung der Pensionskasse der Stadt Langenthal wird genehmigt.
2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Präsentation: Saalwe 22.06.2015

## Rechnung 2014– Stadt Langenthal

**Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit!**

Präsentation: Saalwe 22.06.2015



**Präsident der Pensionskassenstiftung Thomas Rufener, Stadtpräsident (SVP):** Beim Rechnungsabschluss 2014 habe sich die Pensionskasse noch nicht in der heutigen Rechtsform der Stiftung befunden.

Er erlaube sich im Rahmen seiner Berichterstattung auch zu direkt in die Rechnung 2014 eingeflossenen Parametern zu äussern, mit denen sich die Pensionskasse im Jahr 2014 konfrontiert gesehen habe.

Das vor einem Jahr im Parlament debattierte Ausgliederungsprojekt in eine eigenständige Stiftung bilde die heute wichtige Ausgangslage. Gemäss bundesrechtlichen Vorgaben seien in der Schweiz seit dem 1. Januar 2015 keine Pensionskassen mehr zugelassen, die keine eigenständige Organisationsstruktur aufweisen. Dem Ausgliederungsprojekt seien klare Prämissen mitgegeben worden:

- Als Organisationsstruktur sei die privatrechtliche Stiftung gewählt worden.
- Die Ausgliederung sei zum tatsächlich stichbezogenen Deckungsgrad erfolgt. Im Rahmen der Vorbereitung sei noch eine Diskussion über die Anpassung des Deckungsgrades auf 100% geführt worden.
- Die Primatfrage sei nicht Gegenstand der Ausgliederungsvorlage gewesen. In der Vorlage sei aber bereits thematisiert worden, dass sich der Stiftungsrat mit der Umstellung vom Leistungs- auf das Beitragsprimat ernsthaft zu befassen habe.
- Die Höhe des technischen Zinssatzes sei aus dem Grund, das Fuder nicht überladen zu wollen und um die Ausgliederungsvorlage zeitgerecht abschliessen zu können, nicht in Frage gestellt worden. Der jetzige Stiftungsrat sei angehalten, mit hoher Priorität eine vertiefte Diskussion über die korrekte Höhe zu führen.
- Auf die Klärung der Frage betreffend die allfällige Einführung einer Staatsgarantie sei verzichtet worden.

An der Volksabstimmung vom 27./28. September 2014 sei die klare Zustimmung des Soveräns zur Vorlage gegeben worden (82% Ja), womit das Ausgliederungsprojekt fristgerecht vollzogen werden konnte.

Der Stiftungsrat habe seine Arbeit im laufenden Jahr aufgenommen. In erster Priorität habe eine Auseinandersetzung mit der Frage betreffend die Sicherstellung des laufenden Betriebs stattgefunden. Reglementsanpassungen seien vorgenommen worden und Verträge zwischen der neuen Organisationsstruktur und deren mandatierten Bereichen seien abgeschlossen worden. Auch Wiederanlagen von Verkaufserlösen seien getätigt worden. Der Stiftungsrat sei insbesondere jetzt mit dem Aufgleisen eines Projekts zur Klärung der Primatfrage sowie des technischen Zinssatzes beschäftigt.

Von zentraler Bedeutung sei auch das Projekt "Verkauf von direkt gehaltenen Liegenschaften der Pensionskasse". Die Pensionskassenkommission habe sich im letzten Jahr intensiv mit der Veräusserung der direkt gehaltenen Liegenschaften befasst. Die Organisationsstruktur der Pensionskasse sei aus der Beurteilung der Kommission heraus ungeeignet, um eine professionelle Immobilienverwaltung zu führen. Insbesondere ungeeignet sei die Struktur auch, um dringend notwendige Gebäuderenovationen umsetzen zu können. In der Umsetzung einer konsequenten Vermietungspolitik seien Zielkonflikte festgestellt worden, weil klarerweise aus Sicht der Kasse und damit aus der Sicht der Versicherten eine maximale Rendite des eingesetzten Vermögens im Zentrum stehen müsse, was sich mit der früheren Praxis (zur Verfügung stellen von sozialem Wohnraum) nicht mehr vereinbaren lasse.

Die Liegenschaften seien mit Fr. 16,23 Mio. bewertet worden. Der Verkaufserlös betrage Fr. 21,5 Mio. Der Verkaufsgewinn von rund Fr. 5,0 Mio. entspreche ungefähr 30% des Buchwertes. Die Transaktionen seien vollumfänglich im Jahr 2014 umgesetzt worden, so dass die Liegenschaften nicht noch in die Pensionskassenstiftung überführt werden mussten, womit entsprechende grundbuchliche Vollzugsmassnahmen nötig geworden wären, die mit Kosten verbunden gewesen wären. Die Veräusserung habe allerdings den Vermerk im Revisionsbericht zur Folge, dass die Pensionskasse am Bilanzstichtag vom 31. Dezember 2014 einen erheblichen Liquiditätsüberhang ausweise, was eine Abweichung von den Anlagerichtlinien und damit eine unvermeidbare logische Konsequenz darstelle.



Aus Sicht der neuen Organisationsstruktur seien die Bandbreiten der Anlagen per 31. März 2015 gemäss den Anlagevorschriften wieder vollumfänglich eingehalten.

## **Wichtige Kennzahlen des Rechnungsergebnisses 2014:**

- Der Deckungsgrad habe sich Anfang Jahr 2014 auf 100,2% belaufen. Bis Ende Jahr habe eine Steigerung bis auf 106% erreicht werden können, was auf das gute Wertschriftenergebnis und den Verkaufsgewinn zurückzuführen sei.
- Erstmals seit längerer Zeit habe die Pensionskasse am Bilanzdatum wieder einmal eine Wertschwankungsreserve von rund Fr. 11,0 Mio. ausweisen können, was ungefähr 25% der berechneten Zielgrösse entspreche.
- Die vorliegenden Zahlen basieren auf der Grundlage, dass die Bilanzierung der Vorsorgeverpflichtungen mit einem technischen Zinssatz von 3,5% berechnet worden sei. Der Referenzzinssatz per 31. Dezember 2014 liege gemäss Fachrichtlinien FRP4 bei 3%.

Wie eingangs bereits erwähnt, sei eine vertiefte Diskussion des technischen Zinses nicht Gegenstand der Ausgliederungsvorlage gewesen, um das Ausgliederungsprojekt nicht zu gefährden. Heute stehe das Thema aber klar auf der Agenda des Stiftungsrates. Der Pensionskassenexperte habe die Pensionskassenkommission und gleichzeitig auch den Stiftungsrat darauf aufmerksam gemacht, dass in Anwendung der Fachrichtlinien FRP4 Massnahmen zur Senkung des technischen Zinssatzes und des Referenzzinssatzes innerhalb von 7 Jahren einzuleiten seien.

In Bezug auf die Bewertungen sowie die Buchführung und die Rechnungslegung seien im Berichtsjahr keine Änderungen vorgenommen worden. Selbstverständlich sei wie immer überprüft worden, ob Rückstellungenanpassungen vorzunehmen seien. In Anbetracht der immer steigenden Lebenserwartung seien die Rückstellungen um rund eine Million Franken erhöht worden. Auch im Zusammenhang mit der Finanzierung der Teuerungen, die in den kommenden fünf Jahren erwartet werden, seien die Rückstellungen angepasst worden. Erwähnenswert sei auch, dass den Rentenbeziehenden für das Jahr 2015 keine Teuerungszulage gewährt worden sei, was in der Logik der aktuellen Teuerungsentwicklung liege.

Die Ausgliederung habe zur Auflösung einer Anschlussvereinbarung geführt. Aus denselben Gründen wie die Heilpädagogische Tagesschule (HPS) habe auch der Verein maximum auf Ende Jahr 2014 die Anschlussvereinbarung mit der Pensionskasse gekündigt. Die per Reglement geforderte Finanzierung der Lohnerhöhungsmassnahmen mache den kantonal finanzierten Organisationen Schwierigkeiten. Im Zuge dieses Austritts sei abzuklären gewesen, ob dadurch eine Teilliquidation ausgelöst werde, was gemäss den massgebenden Teilliquidationsrichtlinien vom 1. Januar 2005 nicht der Fall sei.

Auf den Seiten 170 und 171 der Broschüre "Rechnung 2014" sei der Bericht der Revisionsstelle zur Jahresrechnung abgedruckt. Im Prüfungsurteil sei festgehalten, dass die Jahresrechnung 2014 den schweizerischen Gesetzen und Reglementen entspreche und, dass die Revisoren die vorliegende Rechnung zur Genehmigung empfehlen.

Die Rechnung 2014 der Pensionskasse sei letztmals Gegenstand einer Rechnungsgenehmigung der Stadt Langenthal, da die Zuständigkeit für die Genehmigung des Jahresrechnungsabschlusses 2015 abschliessend beim Stiftungsrat liegen werde.

**GPK-Mitglied, Pascal Dietrich (JL):** Namens der Geschäftsprüfungskommission könne er eine positive Berichterstattung zur Rechnung 2014 abgeben. Eine Einschränkung gebe es jedoch in Bezug auf die unvollständige Nachkreditabelle. Mit den zwei allen Stadträtinnen und Stadträten an ihren Plätzen vorliegenden Dokumente ("Memo des Finanzamtes vom 18. Juni 2015" und der dazugehörigen aktualisierten Liste "Nachkreditabelle"), sei der eher unschöne Fehler mittlerweile aber korrigiert worden.



Die Geschäftsprüfungskommission habe im Vorbericht der Broschüre "Rechnung 2014" gewisse Inkongruenzen sowie Unvollständigkeiten in der Verpflichtungskreditkontrolle entdeckt. Diese beiden Mängel seien dem Bereich "untergeordnete Details" zuzuordnen und dementsprechend nicht von grosser Bedeutung.

Die Unvollständigkeit der Nachkreditabelle dagegen werde von der Geschäftsprüfungskommission als unschön erachtet. Persönlich finde er die Liste jeweils sehr lang. Mit der vorliegenden Vervollständigung werde sie nun noch länger.

Die Geschäftsprüfungskommission sei mit der Rechnung 2014 und mit dem Rechnungslegungsprozess insgesamt sehr zufrieden, da eine Delegation der Geschäftsprüfungskommission neuerdings auch an der Besprechung der Zwischen- und Schlussrevision teilnehme. Mit der Teilnahme an diesen Besprechungen könne sich die Geschäftsprüfungskommission schon früh einen Überblick über die Situation verschaffen. Die Geschäftsprüfungskommission habe einen wirklich guten Eindruck von der gut funktionierenden, konstruktiven und sachlichen Zusammenarbeit der Revisionsgesellschaft mit dem Finanzamt erhalten.

Die Geschäftsprüfungskommission habe sich auch mit der Frage auseinandergesetzt, weshalb die Finanzkommission die Rechnung 2014 mit zwei Gegenstimmen genehmigt habe. Die Antwort auf die Frage laute, dass sich die zwei Gegenstimmen nicht auf die Rechnung 2014 der Stadt beziehen, sondern, dass die Gegenstimmen auf die Rechnung der Pensionskasse 2014 bzw. auf den nach wie vor unveränderten technischen Zinssatz gerichtet seien.

Die Geschäftsprüfungskommission habe die formelle Richtigkeit der Vorlage einstimmig festgestellt.

**SP/GL-Fraktion, Paul Bayard (SP):** Eine Rechnung könne unterschiedlich beurteilt werden. Sie könnte beispielsweise als gut oder nicht gut, als passend oder unpassend, als erstaunlich oder nicht erstaunlich bezeichnet werden. Demgegenüber sei es ein Fakt, dass eine vorliegende Rechnung eigentlich unabänderlich sei. Das Ergebnis stelle eine Geschichtsschreibung dar, die nicht mehr oder nicht weniger als zur Kenntnis zu nehmen sei.

Die SP/GL-Fraktion werde der Rechnung 2014 einstimmig zustimmen und stelle mit Genugtuung fest, dass die Verwaltung ganze Arbeit geleistet habe. Es gebe kaum grössere Abweichungen gegenüber den Budgetposten zu verzeichnen. Wenn dem aber doch so sei, so seien sie eher zu Gunsten der Stadt.

Das Ergebnis sei insgesamt besser als der Voranschlag und, obschon die Liste der unvermeidbaren und erklärbaren Nachkredite lang sei, halte sie sich eigentlich in Grenzen. Beim Betrachten dieser Liste habe ihn persönlich die Position "270.307.15 Pensionskasse der Stadt Langenthal/Rückstellung Deckungskapital für Teuerungszulagen an Altrentner" in die Nase gestochen. Der Begründungstext für die Schlechterstellung von Fr. 7'000.00 laute: "Die Reduktion der Rückstellungen konnte nicht im geplanten Umfang vorgenommen werden, da die Sterblichkeit der «Altrentner» unter der statistischen Erwartung geblieben ist." Angesichts dieser Formulierung hoffe er doch sehr, dass keine Überlegungen angestellt werden, wie der Sterblichkeit der Altrentner Nachachtung verschafft werden könnte.

Mit strukturellen Defiziten müsse trotz AEA gerechnet werden. Auch HRM2 sei kein Zauberwort, um das Problem zu lösen. Der in Fahrt gekommene Dampfer müsse anlässlich einer kommenden Budgetberatung auf einen etwas anderen Kurs gebracht werden. Sparübungen habe es bereits ein paar gegeben. Mit dem Projekt AEA würden sich gewisse Aufgaben zwar etwas korrigieren lassen, was aber nicht der Meinung aller Fraktionen entspreche. Er persönlich werde anlässlich der Budgetberatung zum Thema Pilzkontrolle den Antrag stellen, die im Zuge des AEA-Projektes erzielte Einsparung in der nächsten Budgetperiode wieder in das Budget aufzunehmen.

**SVP-Fraktion, Roberto Di Nino (SVP):** Die Voten seiner beiden Vorredner lassen darauf schliessen, dass diese die finanzielle Situation der Stadt mit einem noch halb vollen Glas vergleichen, was seiner Auffassung widerspreche, da er persönlich der Meinung sei, dass die Situation mit einem halb leeren Glas verglichen werden müsse.



Die SVP-Fraktion habe die "Rechnung 2014" an sich und auch den ausgewiesenen Aufwandüberschuss von Fr. 10,9 Mio. zur Kenntnis genommen. Die SVP-Fraktion stelle fest, dass gegenüber dem Voranschlag eine Besserstellung von rund Fr. 1,4 Mio. resultiere. Die SVP-Fraktion stelle aber auch fest, diesen Umstand nicht überbewerten zu dürfen. Tatsache sei, dass das Jahr 2014 wohl als das Jahr mit dem grössten Defizit in die Geschichte der Stadt Langenthal eingehen dürfte. Mit dem Voranschlag sei vorausgesehen worden, dass dunkle Gewitterwolken aufziehen werden. Heute sei zur Kenntnis zu nehmen, dass das Unwetter tatsächlich stattgefunden habe. Mit dem Rekorddefizit könne sich die SVP-Fraktion nicht zufrieden erklären.

Gemeinderat Jürg Häusler habe in seinen Ausführungen die Begründung für das riesige strukturelle Defizit geliefert. Dass teilweise die Ursachen nur zur Kenntnis genommen werden können, sei bekannt (Beispiel Lastenausgleich). Nicht vergessen werden dürfe aber, dass das Defizit unter anderem auch auf die Folgekosten von neuen und in den letzten Jahren beschlossenen städtischen Aufgaben zurückzuführen sei. Genau dieser Punkt liesse sich beeinflussen, was allerdings ein entsprechendes Umdenken vom Stadtrat erfordere.

Auch heute seien wieder parlamentarische Vorstösse traktandiert, die auf einen Ausbau von Leistungen und damit auf höhere Ausgaben zu Lasten der Stadt hinauslaufen. Er persönlich finde die Forderungen – angesichts der Situation, in der sich die Stadt heute befinde – verantwortungslos. Seiner Ansicht nach sollte nach dem Motto "*weniger ist mehr!*" weniger Kreativität an den Tag gelegt werden. Wie schlecht es um die Finanzen wegen des Defizits wirklich stehe, lasse sich in den Finanzkennzahlen (Broschüre "Rechnung 2014", ab Seite 16) ablesen: Als erstes falle die negative Selbstfinanzierung auf. Negativer Selbstfinanzierungsgrad töne aus fachtechnischer Sicht relativ harmlos, bedeute aber effektiv, dass sogar auch dann von der Substanz gelebt werde, wenn absolut keine Investitionen vorgenommen würden. Die Stadt Langenthal gehöre damit zu den 10% der bernischen Gemeinden, die in Bezug auf diesen Punkt am schlechtesten abschneiden. Der heute bestehende Handlungsspielraum sei nur dem noch vorhandenen grossen Eigenkapital zu verdanken. Die SVP-Fraktion sehe vom Abbau des strukturellen Defizits noch zu wenig. Das bereits erwähnte Projekt AEA werde von der SVP-Fraktion nach wie vor sehr begrüsst. Die SVP-Fraktion finde zudem, dass der Prozess noch weitergeführt werden müsse.

Die in die Broschüre "Rechnung 2014" integrierte Rechnung der Industriellen Betriebe (Seiten 133 – 137) bilde einen grossen Kontrast zur Rechnung der Stadt. Es gelte auch zur Kenntnis zu nehmen, dass die Industriellen Betriebe im Gegensatz zur Stadt ein sehr gutes Jahr hinter sich haben. Der Gewinn werde mit rund Fr. 3,7 Mio. und der Cash-Flow sogar mit Fr. 7 Mio. ausgewiesen. Ihm persönlich sei deshalb klar, dass die höhere Abgeltung, die von den Industriellen Betrieben in der neuen Struktur als Aktiengesellschaft an die Stadt zu leisten sei, für die IB Langenthal AG absolut schmerzlos verkraftbar sei.

Auch die SVP-Fraktion erachte den Ertragsüberschuss der Pensionskasse von knapp Fr. 11,0 Mio. als erfreulich, obschon etwa die Hälfte des Ertrags auf den Verkaufsgewinn der Liegenschaften zurückzuführen sei. Der Deckungsgrad habe sich sehr gut entwickelt und die 106% seien klar positiv zu werten.

Die Pensionskasse könne aufgrund des Rechtsformwechsels in eine Stiftung ihre finanzielle Situation verbessern, was erfreulich aber natürlich auch notwendig sei, um den Herausforderungen gerecht zu werden, die – wie vom Stadtpräsidenten bereits erwähnt – noch in Angriff genommen werden müssen.

Nach Auffassung der SVP-Fraktion sei die Rechnung sehr professionell und sehr sorgfältig geführt worden, wofür dem Finanzamt unter der Leitung von Herrn Mark Bucher Dank gebühre. Auch die SVP-Fraktion werde die vorliegende Rechnung genehmigen.

**FDP/jll/BDP-Fraktion, Markus Gfeller (FDP):** Da mit der Vorlage vorwiegend Geschichtsschreibung betrieben werde, ziehe er es vor, sich heute etwas zurückzuhalten und die Energie für die Budgetdebatte aufzusparen. Trotzdem werde er sich zu zwei oder drei Punkten äussern.



Vorweg schliesse er sich der Hoffnung von Stadtrat Paul Bayard an, dass die Einsparungen in Bereich der Pilzkontrolle in keinem direkten Zusammenhang mit der Sterblichkeit der Altrentner stehen.

Namens der FDP/jll/BDP-Fraktion danke er der Stadtverwaltung für die sorgfältige Erstellung der Jahresrechnung einerseits, als auch für die unkomplizierte Nachbearbeitung der Nachkreditabelle andererseits. In diesem Zusammenhang stelle sich ihm die Frage, ob die Nachkreditabelle, die kein direkter Bestandteil einer Rechnung sei, überhaupt ein Prüfungspunkt der Revision sei oder nicht?

**Gemeinderat Jürg Häusler (SVP)** gibt sitzend zur Antwort, dass die Nachkreditabelle kein zu prüfender Punkt der Revision sei.

**FDP/jll/BDP-Fraktion, Markus Gfeller (FDP):** Was die Rechnung 2014 betreffe, so könne sich die FDP/jll/BDP-Fraktion in grossen Teilen den Worten des Fraktionssprechenden der SVP anschliessen. Mit Bezug auf die Bestandesrechnung weise er darauf hin, dass insbesondere die Spezialfinanzierungen (Broschüre "Jahresrechnung 2014", Seite 131) zum Teil sehr hohe Bestände aufweisen. Gleichzeitig dürfe auch zur Kenntnis genommen werden, dass beim Kehrrecht beispielsweise bereits schon Massnahmen ergriffen worden seien und, dass bei der Feuerwehr die Ergreifung von Massnahmen unmittelbar bevorstehen. Auch beim Abwasser bestehe ein relativ hoher Spezialfinanzierungssaldo, der mittelfristig wieder ausgeglichen werden soll. Obschon es besser sei, die Salden der Spezialfinanzierungen auf der Habenseite zu haben, gelte es ein Auge darauf zu halten, diese nicht ins Unermessliche anwachsen zu lassen, weil damit der Druck auf der Kostenseite tendenziell bzw. in der Regel auch etwas weniger hoch sei, was gegenüber den Mitarbeitenden der allgemeinen Stadtverwaltung fairer wäre, wenn mit in etwa gleichen Ellen gemessen würde.

Eines seiner im Jahre 2007 eingereichten Postulate<sup>1</sup> sei mittlerweile umgesetzt worden, weil der Staat gesagt habe, dass die Kassen verselbstständigt werden müssen. Das Postulat betreffend das Leistungs- und Beitragsprimat sei dagegen leider immer noch nicht umgesetzt worden. Laut der heutigen Aussage des Präsidenten des Stiftungsrates (Thomas Rufener), werde dieses Thema aber jetzt behandelt, was ihn persönlich ausserordentlich erfreue. Zudem sei er davon überzeugt - da die Kasse heute eine Stiftung und kein Teil der Stadtrechnung mehr sei - dass der Stadt durch die Umstellung keine finanziellen Folgen entstehen werden.

Das Ergebnis der Pensionskasse sei grundsätzlich erfreulich und einerseits auf das gute Börsenjahr zurückzuführen. Die Nettorendite betrage 9,2%, worin allerdings natürlich auch der Buchgewinn von knapp Fr. 5 Mio. des Liegenschaftsverkaufs enthalten sei. Wenn die Fr. 5 Mio. herausgerechnet würden, weil diese nicht im Rechnungsjahr erwirtschaftet worden seien, dann wäre die Rendite zirka 6,7%, was für ein durchschnittliches Jahr ein sehr gutes Ergebnis sei und wahrscheinlich mit der durchschnittlichen Rendite anderer Pensionskassen verglichen werden könne.

Dank des guten Ergebnisses habe die Wertschwankungsreserve von rund Fr. 400'000.00 auf etwas über Fr. 11'000'000.00 erhöht werden können. Bei näherer Betrachtung liege der Sollbestand der Wertschwankungsreserve aber etwa bei Fr. 43 Mio., so dass noch ein erhebliches Defizit bestehe. Vor diesem Hintergrund und vor dem Hintergrund der Grösse der Pensionskasse könne zumindest er persönlich, den Verzicht auf Direktinvestitionen von Liegenschaften sehr gut nachvollziehen. Er erachte es auch als gut, den Verkauf noch vor dem Rechtsformwechsel über die Bühne gebracht zu haben, womit bestimmt massiv Kosten gespart werden konnten.

---

<sup>1</sup> Postulat Gfeller Markus (FDP) und Mitunterzeichnende vom 25. Juni 2007 betreffend die Überprüfung der heutigen Rechtsform der städtischen Pensionskasse (erheblich erklärt am 22. Oktober 2007; abgeschrieben gem. Art. 41 Abs. 3 Geschäftsordnung Stadtrat mit Stadtratsbeschluss vom 27. Juni 2011 Traktandum Nr. 3).

Postulat Gfeller Markus (FDP) und Mitunterzeichnende vom 25. Juni 2007 betreffend die Zukunftssicherung der städtischen Pensionskasse (Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat) (erheblich erklärt am 22. Oktober 2007; abgeschrieben gem. Art. 41 Abs. 3 Geschäftsordnung Stadtrat mit Stadtratsbeschluss vom 27. Juni 2011 Traktandum Nr. 3).



Ein Dorn im Auge sei im persönlich nach wie vor – wie auch schon als Mitglied der Finanzkommission - dass der technische Zinsfuss immer noch 3,5% betrage, obschon der Referenzzinssatz auf 3% liege und obwohl bekannt sein, dass der Referenzzinssatz per Ende 2015 entweder auf 2,5% oder auf 2.75% gesenkt werde. Weil in den nächsten Jahren der Referenzzinssatz tendenziell noch weiter sinken werde, sei es dringend notwendig, die Anpassungen möglichst rasch anzugehen.

Der Stadtpräsident bzw. der Präsident des Stiftungsrates (Thomas Rufener) habe auf die im Revisionsbericht vermerkte Verletzung der Anlagerichtlinien hingewiesen. Da es zum Zeitpunkt eines Verkaufs mehr flüssige Mittel zu verzeichnen gebe, störe ihn diese Verletzung persönlich überhaupt nicht, auch deshalb nicht, weil per 31. März 2015 die Richtlinien bereits wieder eingehalten worden seien.

Die FDP/jll/BDP-Fraktion werde der Rechnung 2014 gross- bis grösstmehrheitlich zustimmen. Da er persönlich seine Mühe mit der Pensionskasse habe, lehne er die Rechnung 2014 aber ab.

**EVP/glp-Fraktion, Ruth Trachsel (EVP):** Die EVP/glp-Fraktion danke allen, die an der sehr sorgfältig geführten Rechnungserstellung beteiligt gewesen seien für die Arbeit und Herrn Gemeinderat Jürg Häusler für die heute gemachten Ausführungen.

In der Rechnung 2014 werde ein Aufwandüberschuss von Fr. 10 Mio. ausgewiesen. Gegenüber dem Voranschlag 2014 liege damit eine erfreuliche Verbesserung von Fr. 1,5 Mio. vor, die vor allem der Ausgaben- disziplin und verschiedenen Ereignissen (Mehrerträge Steuern der juristischen Personen) zu verdanken sei. Trotz allem klaffe im Gesamtsteuerertrag ein grosses Loch.

Die EVP/glp-Fraktion erachte die momentane Selbstfinanzierung als absolut ungenügend, obschon mit dem hohen Investitionsvolumen bewusst eine entsprechende Strategie verfolgt werde. Der Aufwandüberschuss müsse längerfristig wieder gesenkt werden.

Von der EVP/glp-Fraktion werde die vorliegende Rechnung 2014 einstimmig genehmigt.

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 33 Stimmen Ja gegen 1 Stimme Nein (bei 0 Enthaltungen):**

1. **Die Gemeinderrechnung für das Jahr 2014, umfassend**
  - **die Verwaltungsrechnung (= Investitionsrechnung und Laufende Rechnung) und Bestandesrechnung der Stadt Langenthal**
  - **die Rechnung der Pensionskasse der Stadt Langenthal wird genehmigt.**
2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



## 2. Jahresbericht des Gemeinderates für das Jahr 2014; Genehmigung

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP):** Der Jahresbericht 2014 sei bereits der dritte im neuen Layout erstellte Bericht. Der Jahresbericht 2014 unterscheide sich von früheren Berichten dadurch, dass die Temperatur des Wassers in der Badi nicht mehr abgebildet werde, dass er dafür aber Informationen und Angaben über politische Gegebenheiten des vergangenen Jahres enthalte.

Das Politjahr 2014 sei reich befrachtet gewesen. Ein Jahr in welchem der Souverän über 6 städtische Vorlagen abzustimmen habe, werde sich so schnell nicht wieder wiederholen. Das Jahr 2014 sei auch ein Jahr, in welchem der Wille der Langenthaler Politik – namentlich verstärkt Investitionen zu tätigen – bereits mit gemischteren Gefühlen betrachtet worden sei oder betrachtet werde. Trotzdem seien im Jahre 2014 wichtige Projekte zum Abschluss gebracht worden: Sanierung Obere Marktgasse, Renovation der zwei Hauptschulhäuser im Kreuzfeld. Damit habe ein massgebender Paradigmenwechsel stattgefunden, da früher in den Schulanlagen jeweils nur einzelne Scheiben oder allenfalls ein Teppich ersetzt worden seien, wogegen heute die Sanierung der Gebäude an sich und nach einer klaren Doktrin angegangen werde. Obschon dieses Vorgehen wegweisend sei, habe es aber halt finanzielle Konsequenzen.

Die Stadt Langenthal habe sich im vergangenen Jahr bekanntlich mit dem Projekt namens "AEA" auseinandergesetzt, womit die Struktur der städtischen Aufgaben untersucht worden sei. Die generellen Schlussfolgerungen zeigen, dass rund 10% des Gesamtaufwandes effektiv beeinflussbare Positionen seien. Anders ausgedrückt heisse das, dass vorweg 50% der Positionen gesetzlich vorgeschrieben seien, was bedeute, dass die restliche Differenz zu den 10% praktisch als eine unverzichtbare Grösse definiert werden müsse. Trotz des engen Spielraums seien diverse Sparvorschläge umgesetzt worden (beispielsweise die Aufhebung der Pilzkontrolle), worüber die Meinung, ob gut oder nicht gut, geteilt sein könne. Wenn die Stadt aus der finanziellen Spanne herauskommen soll, dann gelte es auf dem eingeschlagenen Weg weiterzugehen.

Der Bericht 2014 habe eine Neuerung erfahren, indem auch die Ressortverantwortlichen (Gemeinderäte) eine Plattform darin erhalten haben, sich zu äussern. In Anlehnung an die am 13./14. Juni 2015 durchgeführte Volksabstimmung, an der die Teilrevision der Stadtverfassung und damit die heute bereits gelebte Organisationsstruktur genehmigt worden sei, kommen damit die politischen Vertreter als auch die Vertreter der Verwaltungsebene zu Wort.

Anders als in vorangegangenen Jahren sei auch, dass keine Abschreibungsanträge zu Parlamentarischen Vorstössen vorliegen, weil die Praxis darin bestehe, Abschreibungen laufend zu beschliessen und diese nicht mehr im Rahmen der Jahresberichterstattung abzuschreiben.

Im Namen des Gemeinderates und mit dem besten Dank an die in irgendeiner Art an der Verfassung des Berichts Beteiligten, hoffe er, den Politikern mit dem Bericht eine gute Grundlage für deren Arbeit zu bieten.

**GPK-Präsidentin Ruth Trachsel (EVP):** Von der Geschäftsprüfungskommission werde die jeweils interessante und gelungene Berichterstattung in den Jahresberichten geschätzt.

In der Geschäftsprüfungskommission werde mehrheitlich die Auffassung vertreten, dass zur Verbesserung der Übersichtlichkeit die separaten Jahresberichte des Alterszentrums Haslibrunnen, des Stadttheaters und der Regionalbibliothek ab bzw. im Berichtsjahr 2015 wieder in die weissen Textseiten des Jahresberichtes zu integrieren seien, um auf den Druck der einzelnen als Beilage 1 bis 3 bezeichneten Broschüren zu verzichten.



**EVP/glp-Fraktion, Anita Steiner-Thaler (EVP):** Auch vom Jahr 2014 liege wiederum ein interessanter und aufschlussreicher Jahresbericht vor, der ansprechend und übersichtlich gegliedert sei. Die EVP/glp-Fraktion erachte es lobenswert, dass den Amtsvorstehern wiederum eine Plattform zur Verfügung gestellt worden sei. Die Berichte der Amtsvorsteher würden vertiefte und interessante Einblicke in spezifische Geschehnisse liefern. Die EVP/glp-Fraktion begrüsse es auch ausserordentlich, dass im vorliegenden Bericht neu auch die Mitglieder des Gemeinderates zu Wort gekommen seien.

Von den 124 eingeladenen Jungbürgerinnen und Jungbürgern hätten lediglich 24 Personen an der Jungbürgerfeier teilgenommen. Dass dieser Anlass nicht mehr Jugendliche anspreche, sei schade.

Auch am Neuzuzügeranlass dürfte die Beteiligung grösser sein. Von 1'155 Neuzuzüger hätten lediglich 96 Personen am Angebot teilgenommen.

Die Feuerwehr habe im Berichtsjahr viele wichtige und notwendige Einsätze erfolgreich gemeistert. Bei 60 verzeichneten Fehlalarmen, gehe der Feuerwehr die Arbeit auch nie aus.

Die Bibliothek habe anlässlich ihres 40. Geburtstagsjahres umfang- und abwechslungsreiche Aktivitäten angeboten.

Erfreulich sei auch, dass in Langenthal die Abfallentsorgung immer bewusster wahrgenommen werde. Im Vergleich mit den Vorjahren habe die Abfallmenge der Glas- und Aluminiumentsorgung stetig zugenommen.

Im Namen der EVP/glp-Fraktion spreche sie allen Mitwirkenden grossen Dank für die ansprechende Berichterstattung aus. Die EVP/glp-Fraktion schätze die Tradition sehr, dass ein Nachschlagewerk erstellt werde.

**FDP/jll/BDP-Fraktion, Beatrice Lüthi (FDP):** Auch die FDP/jll/BDP-Fraktion finde es gut, dass die Mitglieder des Gemeinderates und die Amtsvorstehenden zu Wort kommen. Obschon sie darauf verzichte aus dem Bericht Details aufzuzählen, so könne sie doch versichern, dass der Jahresbericht 2014 von der FDP/jll/BDP-Fraktion gelesen worden sei. Die FDP/jll/BDP-Fraktion werde den Jahresbericht unterstützen und danke allen, die an der Erstellung des Berichts mitgewirkt haben.

**SP/GL-Fraktion, Bernhard Marti (SP):** Die SP/GL-Fraktion schliesse sich allen bereits gehörten Dankesreden an. Als Ergänzung zum bereits Gesagten, halte er namens der SP/GL-Fraktion aber fest, die *"Richtlinien der Regierungstätigkeit – Zielerreichung 2013 – 2016"* (Broschüre *"Jahresbericht 2014; Anhang 2"*) mit etwas Unmut und mit grossem Bedauern entgegengenommen zu haben, weil zur Kenntnis genommen werden musste, dass gewisse für die SP/GL-Fraktion nicht unwichtige Themen vom Gemeinderat schlicht und einfach nicht bearbeitet worden seien.

Die SP/GL-Fraktion habe aber auch etwas zum Schmunzeln im Bericht gefunden: Unter dem Titel *"4.4.3 Schwimmbad"* (Seite 42, 2. Lemma) finde sich die Formulierung, dass nur 30% weniger Besucher in die Badi gegangen seien, was offenbar auf eine noch pessimistischere Berechnung der Besucherzahlen hindeute.

Die SP/GL-Fraktion werde den vorliegenden Bericht einstimmig genehmigen und danke allen Verfasserinnen und Verfassern für die geleistete Arbeit.

**SVP-Fraktion, Roberto Di Nino (SVP):** Wie Stadträtin Beatrice Lüthi für die FDP/jll/BDP-Fraktion, verschone auch er namens der SVP-Fraktion den Rat davor, Details aus dem Bericht zu erwähnen, womit auch er den Beweis eigentlich schuldig bleibe, den Jahresbericht 2014 wirklich gelesen zu haben. Generell könne er jedoch sagen, dass auch die SVP-Fraktion den Bericht als wertvolles und nützliches Instrument und Nachschlagewerk zur Standortbestimmung von Milizpolitikern erachte.



# Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung von Montag, 22. Juni 2015

**Therese Grädel-Fankhauser (SP):** Als Pflegefachfrau habe sie den Jahresbericht des Alterszentrums Hasli-brunnen wiederum etwas näher angeschaut. Letztes Jahr habe sie angemerkt, die als Austritte deklarierten Todesfälle als störend zu empfinden. Sie habe sich diesbezüglich an Gemeinderat Reto Müller gewandt, welcher darum besorgt gewesen sei, eine würdevollere Formulierung zu wählen, wie dies im vorliegenden Bericht verdankenswerterweise geschehen sei. Ehrlicherweise müsse allen bewusst sein, dass man grundsätzlich ins Altersheim gehe, um dort zu sterben.

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 34 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

- 1. Der Jahresbericht für das Jahr 2014 wird genehmigt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



3. **Postulat** (gewandelte Motion) **Sterchi Beat (SVP) und Mitunterzeichnende vom 18. März 2013: Aufhebung der Defizitgarantie der Stadt Langenthal für die Stiftung für Alterswohnungen Langenthal** (in Postulat gewandelt und als solches erheblich erklärt am 17. Juni 2013); **Berichterstattung und Abschreibung gemäss Artikel 35 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates; Kenntnisnahme**

**I Eintretensfrage:**

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

**II Detailberatung:**

**Stadtratspräsidentin Helena Morgenthaler (SVP):** Die gemeinderätliche Berichterstattung sei mittels vorliegendem Prüfbericht bereits erfolgt.

**GPK-Mitglied, Pascal Dietrich (II):** Die Geschäftsprüfungskommission erachte die formelle Richtigkeit mit 3 Stimmen der Enthaltung als gegeben und habe deshalb mit knapper Mehrheit beschlossen, sich zu diesem Traktandum zu Wort zu melden.

Die Geschäftsprüfungskommission habe sich mit der Frage befasst, ob eine genügende und vollständige Antwort auf eine Frage nicht auch ein Aspekt der formellen Richtigkeit sein müsste, so dass einem völlig ungenügenden Prüfbericht die formelle Richtigkeit abgesprochen werden könnte? Mehrere Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission seien der Meinung, dass der vorliegende Prüfbericht nicht genügend sei.

Auch die direkte Abschreibung des Vorstosses sei thematisiert worden. Obschon sich darüber eine Unterhaltung führen lasse, könne daran aber gemäss Artikel 35 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates nichts mehr geändert werden. Wengleich dieser Artikel erst anlässlich der letzten Revision der Geschäftsordnung des Stadtrates geändert worden sei, stelle sich die Frage, ob die Bestimmungen darin wirklich "der Weisheit letzter Schluss" sein können, oder, ob nicht der eigentliche Auftraggeber (der Stadtrat) sagen können sollte, ob ein Auftrag erfüllt sei oder nicht?

**Postulent Beat Sterchi (SVP):** Nachdem sich schon die Geschäftsprüfungskommission zum Vorstoss geäußert habe, sehe auch er sich veranlasst, sich in Bezug auf die Antwort des Gemeinderates zu Wort zu melden.

Gemeindeaufgaben im sozialen Bereich auf einen Dritten auszugliedern, sei grundsätzlich ein heikles Unterfangen. Die Ausgliederung eines gebührenfinanzierten Unternehmens wie ein industrieller Betrieb in eine Aktiengesellschaft oder in eine Anstalt sei dagegen weniger heikel zu vollziehen.

Vor 40 oder 45 Jahren seien die Aufgaben in der Botschaft nicht klar definiert worden und zudem sei man damals von anderen Voraussetzungen ausgegangen um die Alterspflege zu finanzieren, indem einfach eine Defizitgarantie gesprochen worden sei. Heute stelle sich die Frage, in welchem Rahmen sich die Stiftung verhalten müsse und was sie effektiv tun könne? Die darauf erhaltene Antwort erachte auch er als problematisch, wenn er bedenke, dass die Stiftung Mietzinsausfälle haben könne, oder grössere Investitionen tätigen müsse, was zu höheren Abschreibungen führe, wodurch sich ein nachvollziehbares Defizit ergebe.

Wenn die Stiftung von sich aus eine Politik einschlage, Bedürftige unterstützen zu wollen, ohne aber über Richtlinien zu verfügen, wie die Unterstützung finanziert werden soll, dann führe dies zu Defiziten, welche für die Ausgliederungswilligen nicht kontrollierbar seien. Zur Unterstützung von Bedürftigen (beispielsweise Rentner, die nebst Ergänzungsleistungen auch mit Mietzinszuschüssen unterstützt werden müssen) müssten verbindliche Kriterien als auch ein konkreter Auftrag an die Stiftung vorhanden sein, was aber nicht der Fall sei. Demgemäss sei es weder der Geschäftsprüfungskommission noch der Finanzkommission noch dem Gemeinderat oder dem Stadtrat möglich zu kontrollieren, ob der Auftrag richtig erfüllt werde.



Bei der Erstellung entsprechender Richtlinien müssten Überlegungen in Bezug auf die Finanzierung angestellt werden. Mietzinszuschüsse könnten die Lösung sein. Die Stiftung würde damit den Mietzins so festlegen können, wie sie ihn betriebswirtschaftlich brauche. Seiner Meinung nach sollte die Gemeinderechnung damit aber nicht belastet werden. Mit dem "Fonds für allgemeine Fürsorgebedürfnisse" und dem "Fonds für offene Altersfürsorge" gebe es zwei Fonds<sup>1</sup>, deren Bestände total Fr. 1 Mio. betragen. Wer die Fondsbestimmungen lese, stelle fest, dass es durchaus möglich sei, Leistungen an Bedürftige auszurichten, wozu es aber natürlich entsprechende Richtlinien für die Stiftung brauche.

Persönlich erwarte er, dass die Problematik angegangen werde. Wenn dem so sei, dass es bedürftige Rentner gebe, dann gelte es Richtlinien auszuarbeiten und eine von der Stadt unabhängige Finanzierung sicherzustellen.

Bereits als Mitglied der Finanzkommission habe er jeweils gewünscht, klarere Auskunft über die Planung der Stiftung zu erhalten. Bis anhin habe es aber weder eine saubere Planung über die Höhe künftiger Investitionen noch eine klare Strategie darüber gegeben, wie die Belegung gesteigert werden könnte.

Er sei der Meinung, sich überlegen zu müssen, ob die Aufgabe nicht auch im Rahmen der Aufgabenüberprüfung und Ertragspotenzialanalyse (Projekt AEA) untersucht werden müsste, da dadurch einerseits die Gemeinderechnung erleichtert werden könnte und weil andererseits eine saubere Finanzierung von Mietzinszuschüssen mit entsprechenden Richtlinien sichergestellt werden könnte.

Mit der Beantwortung sei er nicht zufrieden. Sollte die Ausgliederungsvorlage zum Alterszentrum Haslibrunnen in derselben Art und Weise daherkommen wie der vorliegende Prüfbericht, dann prognostiziere er bereits heute, dass die Volksabstimmung schlecht ausgehen werde. Wenn dem Stimmvolk nicht klar und deutlich gesagt werden könne, dass kein Risiko bestehe, ein späteres Defizit von der Gemeinderechnung abdecken zu müssen, dann dürfe das Alterszentrum Haslibrunnen nicht ausgegliedert werden.

**Pascal Dietrich (JU):** Bis anhin habe er sich mit Alterspolitik nicht gross befasst, weshalb er relativ wenig Ahnung davon habe. Umso unglücklicher erachte er den vorliegenden Prüfbericht, weil darin seiner Meinung nach die entscheidenden Fragen weder beantwortet worden seien, noch dass sie darin überhaupt thematisiert worden wären. Im Vorstoss von Stadtrat Beat Sterchi stehe: *"... Diese Regelung wurde getroffen, bevor der Kanton die Finanzierung von Altersheimen und –wohnungen in seiner Gesetzgebung geregelt hat. Heute sind Betrieb und Investitionen durch das Finanzierungssystem des Kantons finanziell sichergestellt. Es ist deshalb möglich, dass die Stiftung ihren Betrieb der Alterswohnungen im Normalfall ohne finanzielle Hilfe der Stadt Langenthal führen kann. ..."*. Mit dieser Kernaussage werde klar, weshalb die Thematik zur Diskussion stehe.

Persönlich stelle er sich natürlich nun schon die Frage, ob die Aussage von Stadtrat Beat Sterchi stimme. Leider sei im Prüfbericht aber überhaupt kein Hinweis und keine Antwort auf die Frage zu finden. Demgemäss wisse er nach vor nicht, ob der Kanton die Finanzierung sicherstelle oder nicht. Wie Stadtrat Beat Sterchi bereits erwähnt habe, sei es aber wichtig über solches bzw. über genaues Wissen zu verfügen, wenn an eine Ausgliederung des Altersheims gedacht werden soll.

Bereits während der Beratung des Traktandums Nr. 1 am heutigen Abend sei ihm aufgefallen, dass in der Nachkredittabelle (= Broschüre "Jahresbericht 2014", Seite 49, Konto 538.365.01) ein Nachkredit betreffend die Stiftung für Alterswohnungen aufgeführt sei, dessen Begründung laute: *"Die Stiftung für Alterswohnungen schloss im Geschäftsjahr 2013/14 (per 30. September 2014) mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 13'371.00 ab. Die Liegenschaft Haldenstrasse jedoch zeitigte ein Betriebsdefizit von Fr. 42'762.66, und ist durch die Defizitgarantie der Stadt Langenthal zu decken."*

<sup>1</sup> Verordnung Fonds für allgem. Fürsorgebedürfnisse vom 6. Dezember 2000, in Kraft seit 1. Januar 2001 (städt. Erlass. 4.7.5 V/A)  
Verordnung Fonds für offene Altersfürsorge vom 6. Dezember 2000, in Kraft seit 1. Januar 2001 (städt. Erlass. 4.7.6 V/A)



# Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung von Montag, 22. Juni 2015

Dass die Stiftung für Alterswohnungen einerseits Gewinn machen könne, wogegen die Stadt andererseits Defizite der Haldenstrasse zu übernehmen habe, habe ihn stutzig gemacht und ihn zudem zur Auffassung geführt, dass der Vorstoss von Stadtrat Beat Sterchi offenbar nicht allzu sorgfältig formuliert worden sei, da nur Defizite der Siedlung an der Haldenstrasse abgedeckt seien. Wer dem Anliegen des Postulanten gerecht werden wollte, müsste im Prüfbericht zumindest auf die Frage eingehen, ob die Kostendeckung durch die Stadt in Zukunft nicht subsidiär passieren müsste (nach Verrechnung von Gewinn der Stiftung). Wie bereits erwähnt, seien im ganzen Prüfbericht aber keine Antworten auf Fragen dieser Art zu finden. Er persönlich könnte sich auch vorstellen, dass für die Defizitgarantie im Sinne eines Kompromisses eine Obergrenze festgelegt würde. Aber auch dazu sei im Prüfbericht nichts zu finden.

Der Prüfbericht werde dem Anliegen des Postulanten nicht gerecht. Eigentlich sollte der Prüfbericht zurück an den Absender geschickt werden, was aber eben gemäss Artikel 35 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates leider nicht mehr möglich sei, weil der Stadtrat im November 2013 seine eigene Geschäftsordnung dahingehend geändert habe, dass Postulate direkt abgeschrieben werden können. Er erachte den damals gefällten Entscheid nach wie vor als ein Unding, weil seiner Meinung nach der Stadtrat – als der Auftraggeber – sagen können müsste, ob ein Auftrag erfüllt sei oder nicht. Für ihn persönlich sei klar, dass dieser völlig daneben geratene Entscheid über kurz oder lang wieder geändert werden müsse.

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat gestützt auf Art. 35 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 7. Dezember 1981 nimmt Kenntnis von der Berichterstattung des Gemeinderates zum Postulat (gewandelte Motion) Sterchi Beat (SVP) und Mitunterzeichnende vom 18. März 2013: Aufhebung der Defizitgarantie der Stadt Langenthal für die Stiftung für Alterswohnungen Langenthal (in Postulat gewandelt und als solches erheblich erklärt am 17. Juni 2013).**

**Gemäss Art. 35 Abs. 2 Geschäftsordnung des Stadtrates wird das Postulat damit als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.**

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



4. **Postulat (gewandelte Motion) Lanz Rahel (EVP) und Mitunterzeichnende vom 16. September 2013: Einführung eines Tagesstrukturangebotes während der Schulferien (Ferieninsel)** (in Postulat umgewandelt und als solches erheblich erklärt am 18. November 2013); **Berichterstattung und Abschreibung gemäss Artikel 35 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates; Kenntnisnahme**

**I Eintretensfrage:**

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

**II Detailberatung:**

**Stadtratspräsidentin Helena Morgenthaler (SVP):** Die gemeinderätliche Berichterstattung sei mittels vorliegendem Prüfbericht bereits erfolgt.

**Postulentin Rahel Lanz (EVP):** Für die Erarbeitung des Prüfberichts danke sie dem Amt für Bildung, Kultur und Sport (ABiKuS). Von der geringen Rücklaufquote auf die Umfrage von nur 9.63% sei sie zugegebenermassen irritiert, da damit die Aussagekraft in gewissen Kapiteln des Berichts geschmälert werde. Nichts desto trotz sei aus dem Bericht klar ersichtlich, dass Langenthal im Vergleich mit ähnlich grossen Städten und mit ähnlich grossen Schülerzahlen klar abfalle. Langenthal, Steffisburg und Spiez seien die einzigen Städte im Kanton Bern (mit mehr als 1'200 Schülerinnen und Schülern), für deren Schülerinnen und Schüler es während den Schulferien keine Tagesstrukturangebote gebe. Von den Gymnasiumsgemeinden Bern, Biel, Burgdorf, Interlaken, Köniz, Langenthal und Thun gebe es einzig in Interlaken und Langenthal keine Tagesstrukturangebote während der Ferienzeit. Persönlich finde sie es sehr schade, dass Langenthal dieser für viele Menschen wichtigen Aufgabe nicht nachkomme und in diesem Punkt - im Vergleich mit anderen Städten - klar abfalle. Von den immerhin 9,63% der an der Umfrage Teilnehmenden sei ersichtlich, dass die Nachfrage grundsätzlich vorhanden wäre und, dass ein allfälliges Angebot auch genutzt würde. Aussagekräftiger sei ihrer Ansicht nach der Fakt, dass sich die bestehenden Angebote (laut Aussagen der Anbietenden) bereits an der Grenze deren Auslastungsmöglichkeiten befinden, so dass eine bedarfsgerechte Tagesstruktur gar nicht angeboten werden könnte.

Persönlich hoffe sie sehr, dass der Gemeinderat die Initiative ergreife und die Bedürfnisse der Einwohnerinnen und Einwohner befriedige, womit Langenthal im Vergleich mit anderen Städten konkurrenzfähig wäre. Dass das Bedürfnis nach einem solchen Angebot in Langenthal geringer sein soll, als in anderen Städten in ähnlicher Grösse, sei nur schwer vorstellbar. Der Gemeinderat könnte in einem ersten Schritt beispielsweise ein in einem tragbaren Rahmen finanziertes und mit geringen Risiken verbundenes Pilotprojekt lancieren. Daneben sollten die möglichen Alternativen aber konsequent weiterverfolgt werden. In diesem Sinne hoffe sie persönlich, dass der Gemeinderat dem Anliegen nachgehe.

**SVP-Fraktion, Beat Sterchi (SVP):** Am heutigen Abend (Traktandum Nr. 1) sei bereits gesagt worden, dass neue Aufgaben kritischer und zurückhaltender angegangen werden sollen. Das Anliegen stelle eine neue Aufgabe dar, deren Bedürfnisabklärung aber ein absolut ungenügendes Resultat geliefert habe, wenn denn das bereits zum Traktandum Nr. 1 am heutigen Abend Gesagte ernst genommen werden wolle.

Der Verweis auf andere Gemeinden liefere keinen Bedürfnisnachweis. Da in Langenthal offenbar nur von 9,6% der befragten Personen geantwortet worden sei, bestehe eben kein Bedürfnis. Zudem liege von 47 der 9,6% Befragten die Information vor, dass ihre Kinder bis zur Realisierung des Anliegens vermutlich keinen Gebrauch mehr davon machen können (Schulaustritt, Wechsel in höhere Klassen etc.).

Wenn der Gemeinderat ernst nehmen wolle, was er im Traktandum Nr. 1 (Gemeinderechnung 2014) ausgesagt habe, dann verlange er persönlich, dass das Projekt in die Schublade gelegt werde und, dass auf die Durchführung eines Pilotprojekts verzichtet werde, womit ein nicht vorhandenes Bedürfnis künstlich konstruiert würde.



**SP/GL-Fraktion, Beatrice Greber (SP):** Die SP/GL-Fraktion danke für den ausführlichen Bericht. Auch der SP/GL-Fraktion sei es sehr wichtig, dass es in der familienfreundlichen Stadt Langenthal möglich werde, die Familie und den Beruf das ganze Jahr über vereinbaren zu können. Das heute fehlende Tagesstrukturangebot während den Schulferien bilde eine sehr grosse Lücke. Auch in den Ferien würden Kinder und Jugendliche einer sinnvollen Betreuung bedürfen. Eltern, die sich entschlossen haben, die Kinder in der KITA betreuen zu lassen, seien dringend auf ein Betreuungsangebot während den Schulferien angewiesen.

Eine Lücke von 12 Wochen könne nur schwer überbrückt werden - selbst wenn alle Grossmütter einspringen würden. Mit genügend Ganzjahresbetreuungsangeboten liesse sich auch die Chancengleichheit zwischen den Institutionen ausgleichen.

Die SP/GL-Fraktion finde es gut, dass der Gemeinderat das ABiKuS mit der Ausarbeitung eines Pilotprojekts beauftragt habe. Damit bestehe Hoffnung, dass die grosse Lücke geschlossen werden könne.

**Beatrice Lüthi (FDP):** Dem Votum von Stadtrat Beat Sterchi halte sie entgegen, dass momentan auch auf bundesrätlicher Ebene die so genannte "Fachkräfteinitiative" ein Thema sei. Ursprünglich stehe dahinter die Idee, die demographische Entwicklung abfedern zu können. Zwischenzeitlich sei nun aber die Masseneinwanderungsinitiative dazugekommen, die auf der Annahme basiere, dass die Schweiz jetzt umso mehr auf inländisch ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angewiesen sei. Der Bundesrat habe die Fachkräfteinitiative gestartet, worin vier Handlungsfelder definiert worden seien: Eines der Handlungsfelder bilde "die Vereinbarkeit von Familie und Beruf", womit das Thema also auch auf bundesrätlicher Ebene behandelt werde, was in gewisser Weise problematisch sein könne, da sich viele Kompetenzen auf kantonaler Stufe oder gar auf der Stufe der Gemeinden befinden. Dementsprechend habe die Stadt Langenthal allenfalls nicht nur die Kompetenz, sondern sogar die Verpflichtung im Mainstream zu bleiben und zukunfts- und nicht vergangenheitsorientiert zu handeln.

Was das Resultat der Umfrage betreffe, so bitte sie als jemand, der die Problematik als jüngere Frau bereits mitbekommen habe, zu bedenken, dass zum Zeitpunkt der Umfrage eigentlich niemand ein akutes Bedürfnis habe, weil die einen sich organisiert, die anderen bereits einen anderen Job angenommen oder ihn aufgegeben haben und die nächsten seien halt aus Langenthal weg- und damit irgendwo hingezogen, wo ein entsprechende Angebot eben vorhanden sei. Wenn es ein Tagesstrukturangebot gebe, dann gelte es dieses auch zu pushen, weil die Nachfrage bereits vorhanden sei oder komme, wenn ein Angebot vorhanden wäre, da es etwas schwierig sein dürfte, Kinder vorübergehend und bis zum Vorhandensein eines Angebots im Kühlschrank oder in der Kühltruhe zu lagern.

**Samuel Köhli (SP):** Die Thematik betreffe vor allem Mittelstandsfamilien, denen auch einmal etwas zustehe. Für sozial Schwächere und für die Alten werden viele Einsätze geleistet, wogegen für die mittelständischen Familien eigentlich wenig unternommen werde, obschon auch diese Steuern bezahlen. Er persönlich finde es angebracht, ein entsprechendes Angebot zu schaffen, damit die Möglichkeit bestehe, zu arbeiten, Geld zu verdienen und den Nachwuchs in einem Tagesstrukturangebot betreut zu wissen.

**Therese Grädel-Fankhauser (SP):** Stadträtin Beatrice Lüthi habe ihr aus dem Herzen gesprochen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sei wichtig. Es könne nicht sein, dass Frauen teuer ausgebildet werden (Ausbildungskosten einer Ärztin beispielsweise: halbe Million Franken), die dann verschwinden, weil sie keine Betreuungsmöglichkeiten für die Kinder finden, während sie arbeiten.

Die Stadt Langenthal müsse in die Zukunft schauen und könne nicht untätig dasitzen und denken, dass neue Leute von selber in die neuen Überbauungen ziehen werden. Es gebe Leute, die nicht nach Langenthal ziehen, weil sie wissen, dass die Stadt Langenthal in gewissen Themen einfach "hinter dem Mond sei", was nicht abgestritten werden könne. Dementsprechend gelte es im Sinne des postulierten Anliegen vorwärts zu blicken. Für die zu erwartenden Kosten werde Langenthal auch etwas zurückerhalten.



# Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung von Montag, 22. Juni 2015

**Markus Gfeller (FDP):** Vorweg stelle er fest, dass Stadträtin Beatrice Lüthi mit ihrem Votum nicht unbedingt die Meinung der FDP/jll/BDP-Fraktion sondern ihre persönliche vertreten habe.

Wer die Grundlageakten gelesen habe, stelle fest, dass der Gemeinderat bereits tätig geworden sei, obschon die Umfrage klar gezeigt habe, dass nicht einmal 10% der Befragten geantwortet haben, von denen wiederum nicht einmal die Hälfte etwas wolle. Ihm persönlich sei klar, dass Bedürfnisse geschaffen werden können, wenn ein unbedingter Wille danach bestehe, was seiner Ansicht nach aber nicht heisse, sich nicht überlegen zu müssen, wie sie finanziert werden sollen. Wenn er die Grundlageakten richtig verstanden habe, dann werde der Gemeinderat ein Pilotprojekt starten (7 Ferienwochen à 11 Stunden pro Tag), was er persönlich nicht unterstütze.

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat gestützt auf Art. 35 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 7. Dezember 1981 nimmt Kenntnis von der Berichterstattung des Gemeinderates zum Postulat (gewandelte Motion) Lanz Rahel (EVP) und Mitunterzeichnende vom 16. September 2013: Einführung eines Tagesstrukturangebotes während der Schulferien (Ferieninsel)** (in Postulat umgewandelt und als solches erheblich erklärt am 18. November 2013).

**Gemäss Art. 35 Abs. 2 Geschäftsordnung des Stadtrates wird das Postulat damit als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.**

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



## 5. Motion Steiner-Brütsch Daniel (EVP) und Mitunterzeichnende vom 16. März 2015: Einführung von Mehrjahrgangsklassen; Stellungnahme

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Gemeinderätin Christine D'Ingiandi-Bobst (II):** Dass sie zum vorangegangenen Traktandum aufgrund der schriftlichen Berichterstattung keine Gelegenheit gehabt habe, etwas dazu sagen zu können, habe sie beinahe als brutal empfunden, weshalb sie froh sei, sich zum vorliegenden Geschäft jetzt äussern zu dürfen. Offenbar seien die Auflageakten im Verwaltungszentrum nicht von allen Mitgliedern des Stadtrates eingesehen worden, um sich über das tatsächlich vom Gemeinderat lancierte Projekt zu informieren.

Aufgrund der Stellungnahme des Amtes für Bildung, Kultur und Sport (ABiKuS) erachte der Gemeinderat die Einführung von Mehrjahrgangsklassen als nicht notwendig und beurteile das Anliegen abschlägig. Der Gemeinderat erachte dementsprechend auch die Durchführung eines Pilotversuches als obsolet.

Ein Grund für den negativen Entscheid des Gemeinderates sei der, dass die pädagogische Mehrnutzung von Mehrjahrgangsklassen gegenüber den jetzigen Jahrgangsklassen nicht abschliessend bewiesen sei. Auch der Umstand, dass sich die Erkenntnisse in den Erfahrungsberichten der Lehrpersonen widersprechen, habe den Gemeinderat zur ablehnenden Haltung bewogen. Das Funktionieren von Mehrjahrgangsklassen hänge stark von den Lehrpersonen und deren Wille zur Umsetzung ab.

An dieser Stelle verweise sie auf die Pressemitteilung der letzten Woche betreffend das Thema "Projekt erweiterte Schulplanung". Im Rahmen des Projektes werde eine fundierte und nicht nur räumliche Ausleageordnung im Schulbereich vorgenommen. Mittels der Klärung von Modellfragen gelte es Massnahmen zu erarbeiten. Das Projekt sei breit abgestützt, indem darin Mitglieder der Volksschulkommission, Lehrpersonen aus allen Schulzentren und auch die Schulleitungen vertreten seien.

Falls sich aus dem Projekt der erweiterten Schulplanung eine andere Ausgangslage ergäbe, als der Gemeinderat aufgrund der vorliegenden Motion einschätze, so werde vom Gemeinderat die klare Meinung vertreten, dass die Option "Mehrjahrgangsklassen" auch ohne politische Vorgabe von der Basis (von unten) eingebracht werden könnte.

Nicht zuletzt auch die finanziellen Auswirkungen auf die Finanzen der Stadt hätten den Gemeinderat zu diesem Entscheid bewogen. Der Gemeinderat beantrage und empfehle dem Stadtrat, den vorliegenden Vorstoss in Form der Motion als auch – falls die Wandelung erfolgen würde - in Form des Postulats nicht erheblich zu erklären.

**Motionär Daniel Steiner-Brütsch (EVP):** Der vorliegende Vorstoss rege zur Durchführung eines Pilotversuchs zur Einführung von Mehrjahrgangsklassen - ab jetzt Mischklassen genannt - an. Es gehe somit nicht um eine flächendeckende Einführung von Mischklassen, wie man aufgrund des Berichts oder der Diskussion des Gemeinderates meinen könnte. Im Moment gehe es wirklich nur darum, Erfahrungen mit diesem Schulmodell zu sammeln, um danach entscheiden zu können, ob das Modell für einzelne Schulzentren oder für einzelne Klassen, geeignet sein könnte.

Gemeinderätin Christine D'Ingiandi-Bobst habe zu Recht darauf hingewiesen, dass Veränderungen in den Schulen von der Basis der Lehrpersonen getragen werden müssen. Damit müssen selbstverständlich die Lehrpersonen, die Schulinspektorin und die Mitglieder der Volksschulkommission in die Entscheide miteinbezogen werden. Persönlich vermute er, dass mit dem Hinweis auf den Willen der Lehrpersonen ein Argument vorgeschoben werde und dass eine übervorsichtige Zurückhaltung an den Tag gelegt werde, weil gewisse Ängste vorhanden seien, dass es Widerstand bei den Lehrpersonen geben könnte, ohne überhaupt versucht zu haben, diese zu überzeugen.



Wie anlässlich von Stadtratssitzungen bereits mehrmals erwähnt, vertrete er die Meinung, dass in der Bildungspolitik das Primat der Politik und nicht das Primat der Lehrpersonen zu herrschen habe, womit kein Wunschkonzert betrieben werden müsse, um herauszufinden, was die betroffenen Lehrpersonen wollen oder nicht. Er fordere deshalb seit Jahren immer wieder dazu auf, die Langenthaler Bildungspolitik zu gestalten und nicht zu verwalten, mehr Leadership an den Tag zu legen und damit weniger passiv und ängstlich zu sein.

Mischklassen gehören im Kanton Bern zur Normalität. Ausser ihm seien noch weitere Mitglieder des Stadtrates in Mischklassen auf dem Land zur Schule gegangen. Für ihn persönlich sei die vier-reihige Unterstufe im Oeschenschbach ein Gewinn und nicht Hemmschuh für seine weitere Entwicklung gewesen. Er glaube sagen zu können, dass er - wie alle anderen im Saal Anwesenden, die in Mischklassen zur Schule gegangen seien - relativ "gut gelungen" seien.

Gerne habe er in der Mischklasse zugehört, wie sich seine älteren Kollegen mit dem Höhlenmenschen Padova auseinandergesetzt haben. Auch sei es selbstverständlich gewesen, dass die Älteren oder die Jüngeren Hilfe geleistet haben, wenn Schwierigkeiten aufgetaucht sind. Genau darum gehe es bei diesen sogenannten Mischklassen. Bestimmte Themen lassen sich in einer Mischklasse übergreifend behandeln und die natürliche Vielfalt in einer Klasse werde eben nicht als störend angesehen, sondern genutzt.

In Untersuchungen sei festgestellt worden, dass schwächere oder jüngere Kindern in Mischklassen - dank dem Kontakt mit stärkeren oder älteren Kindern - Wissenszuwachs aufweisen. Gleichzeitig werden stärkere Kinder nicht am Lernerfolg gehindert - wovon sich ehrgeizige Eltern häufig fürchten - da sie davon sogar noch profitieren (soziales Lernen).

Im Zuge der Diskussion um Mischklassen gelte es die Illusion aus dem Weg zu räumen, dass es homogene Klassen gebe. Auch die Jahrgangsklassen in Langenthal seien nicht homogen. Es gebe keine Klassen und es werde es auch nie Klassen geben, die ein vergleichbares Leistungsniveau aufweisen. Wer das Gefühl habe, mit Jahrgangsklassen ein einheitliches Niveau zu haben, gebe sich einer Illusion hin. In der ersten Klasse gebe es Kinder, die eigentlich vom Niveau her noch in den Kindergarten gehören würden. Gleichzeitig gebe es aber Kinder, die eigentlich schon längstens in eine zweite Klasse gehören würden. Die Spannweite der Leistungen sei normal und nehme im Übrigen auch im Alter der Kinder nicht ab.

Die Vielfalt von Leistungen innerhalb einer ganz normalen Kindergruppe sei mit ein Grund, warum in den letzten Jahren auch in städtische Schulen - nicht nur in ländlichen Schulen - Mischklassen eingeführt worden seien. Wie auf dem Land, wo seit Jahrzehnten erfolgreich in Mischklassen unterrichtet werde, lassen sich auch im städtischen Umfeld positive Erfahrungen damit machen. Ein schöner Nebeneffekt sei zudem, dass bei Mischklassen die Berichtszahlen der Schülerzahlen ein bisschen geringer seien, so dass kleinere Klassen geführt und in kleineren Klassengrößen operiert werden könne, womit ein optimaleres Betreuungsverhältnis existiere.

Ein Pilotversuch mit Mischklassen - beispielsweise der 1. und 2. Klasse - würde Sinn machen. Ein Pilotversuch nach dem Kindergarten, welcher in Langenthal in Mischklassen geführt werde, könnte wertvolle Hinweise darauf geben, inwiefern sich das Modell von Mischklassen auch für Langenthal eignen würde. Mischklassen seien nichts Exotisches. Mischklassen würden immer häufiger auch in Stadtschulen eingeführt, was zeige, dass sich das Modell bewähre und dass damit eine gute Antwort auf die Vielfalt, welche ganz normal in Schulklassen existiere, gegeben werden könne.

Um zu zeigen, dass das Anliegen auch im Rahmen eines Prüfauftrags behandelt werden könne, **wandle er die Motion in die Form des Postulats.**

Etwas unverständlich sei ihm die Argumentation des Gemeinderats gegen das Anliegen, zumal Gemeinderätin Christine D'Ingiandi-Bobst gesagt habe, dass ein "Projekt erweiterte Schulplanung" im Gange sei, worin das Anliegen allenfalls auch geprüft werden könnte. Weshalb das Anliegen nicht als Postulat entgegen genommen werden soll, um Fragen nach allfälligen Mischklassen im Rahmen des Projekts erweiterte Schulplanung zu berücksichtigen, sei ihm unverständlich.



**FDP/jll/BDP-Fraktion, Pascal Dietrich (jll):** Vorweg stelle er fest, dass die FDP/jll/BDP-Fraktion grossmehrheitlich gegen den Vorstoss stimmen werde.

Vieles sei von der Gemeinderätin bereits gesagt worden. Wichtig scheinere der FDP/jll/BDP-Fraktion, dass sich die Fachleute wirklich nicht einig seien, ob positive Auswirkungen von den Mehrjahrgangsklassen zu erwarten seien oder nicht. Ein gewisser Expertenstreit darüber sei offenbar im Gange. Fraktionsintern werde von Leuten, die Jahrzehnte an vorderster Front in der Schule tätig seien, klar gesagt, dass eigentlich überall und in praktisch allen Fällen Mehrjahrgangsklassen nur aus einer Zwangslage hinaus eingeführt werden und nicht, weil die Einführung von Mehrjahrgangsklassen als gut befunden werde, oder weil man sich positive Effekte davon erhoffe.

Der FDP/jll/BDP-Fraktion sei klar, dass die Führung von Mehrjahrgangsklassen in kleineren Gemeinden, in den Alpen und den Voralpen normal und alltäglich sei. Vorstellbar sei schon, dass das Betreiben von Mischklassen in ländlichen Strukturen (mit Bauernfamilien usw.), einfacher sei, als in einer Stadt wie Langenthal, wo der Unterricht schon aufgrund bestehender Sprachunterschiede in der Primarschule problematischer sein könne. Auch die steigende Schülerzahl in Langenthal widerspreche dem Projekt. Eine höhere Anzahl Schüler lasse sich mit solchen Mehrjahrgangsklassen nur vereinbaren, wenn viele Klassen dieser Art geführt würden, was höhere Kosten zur Folge habe und was wiederum ein weiterer Aspekt sei, dass der Vorstoss von der FDP/jll/BDP-Fraktion abgelehnt werde.

**SP/GL-Fraktion, Barbara Graf Baumgartner (SP):** Die SP/GL-Fraktion habe verschiedene Vor- und Nachteile von Mehrjahrgangsklassen betrachtet. Besonders über das Engagement der Lehrpersonen sei diskutiert worden. Der Erfolg einer solchen Klasse hänge wahrscheinlich sehr von der Lehrperson ab, was aber in der heutigen Organisationsform nicht anders sei.

Die Heterogenität in Mehrjahrgangsklassen fördere das soziale Verhalten der Kinder nachhaltig, was aber weder einfach nachgewiesen werden, noch in einer Rechnung beziffert werden könne. Der SP/GL-Fraktion wäre das Anliegen ein Pilotprojekt wert, weshalb die Mehrheit der SP/GL-Fraktion dem Vorstoss in der Form der Motion zustimme. Dem in die Form des Postulats gewandelten Vorstoss werde von der SP/GL-Fraktion einstimmig zugestimmt.

**SVP-Fraktion, Stefan Grossenbacher (SVP):** Die SVP-Fraktion könne sich für Mehrjahrgangsklassen nicht erwärmen und lehne deshalb die Erheblicherklärung des Anliegens in der Form der Motion als auch in der Form des Postulats ab. Gemeinderätin Christine D'Ingiandi-Bobst habe erwähnt, dass bereits ein Projekt angelaufen sei, das auch nach Ansicht der SVP-Fraktion nicht überhäuft werden sollte. Auch bereits erwähnt worden sei, dass die beste Qualität nichts nütze, wenn sie nicht gelebt werde. Dementsprechend müsste die Mehrjahrgangsklassen-Thematik von den Lehrpersonen angestossen werden.

**Postulant Daniel Steiner-Brütsch (EVP):** Stadtrat Pascal Dietrich habe ein paar Sachen gesagt, welche nachweislich natürlich so nicht stimmen:

- Nicht immer seien Zwangslagen der Grund zur Führung von Mischklassen. Auf dem Land seien es tatsächlich manchmal Zwangslagen und schlicht schulorganisatorische Gründe, um eine Schule zu retten, die zur Einführung von Mehrjahrgangsklassen führen. Demgegenüber glaube er persönlich aber nicht, dass beispielsweise die Stadt Bern eine Zwangslage vorbringe, Mischklassen eingeführt zu haben. In Bern seien ganz klar pädagogische Gründe der Auslöser gewesen.
- Zudem sei ihm nicht ganz klar, was Stadtrat Pascal Dietrich mit Gemeinden in den Alpen und den Voralpen meine. Wenn ihn nicht alles täusche, führe auch die Nachbargemeinde Aarwangen Mischklassen.

Mit Kosten zu argumentieren erachte er eher ungeeignet, zumal zumindest er im Moment nur eine schlechte Vorstellung davon habe, was ein Pilotprojekt an Mehrkosten generieren würde, ausser wenn vielleicht je nach Organisation eine Klasse weniger geschlossen werden müsse, weil in den Richtlinien eine geringere Anzahl an Schülern vorgeschrieben sei. Abgesehen davon, dass zirka 60% der Kosten über den Lastenausgleich des Kantons laufen würden, lasse er sich diesbezüglich aber gerne belehren.



## Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung von Montag, 22. Juni 2015

**Gemeinderätin Christine D'Ingiandi-Bobst (II):** Namens des Gemeinderates halte sie fest, dass es auch in Langenthal wichtig sei, dass die Schülerinnen und Schüler Sozialkompetenz erlangen. Der Gemeinderat frage sich lediglich, ob in Folge der Umsetzung von Artikel 17 des Volksschulgesetzes (Integrationsartikel) nicht bereits genügend heterogene Klassen bestehen.

Besonders in Langenthal gebe es bereits jetzt sehr heterogene Klassen. In diesem Punkt bestehe aber keine Einigkeit. Die Frage laute, ob noch mehr Heterogenität geschaffen werden müsse, oder ob ein Punkt erreicht sei, der es den Lehrpersonen schwierig mache, zu unterrichten?

Der Gemeinderat wolle die Lehrpersonen mehr in den Prozess einbeziehen. Die gemeinsame Erarbeitung von Unterlagen mit den Lehrpersonen im "Projekt erweiterte Schulplanung" heisse aber nicht, dass der Gemeinderat die Leadership-Funktion nicht ausgeübt wolle.

Der Gemeinderat wolle das Fuder nicht überladen. Sollte sich aus dem Projekt "erweiterte Schulplanung" allerdings etwas Entsprechendes entwickeln, könnte dieser Punkt aber noch aufgenommen werden.

Der Grund, weshalb der Gemeinderat kein Pilotprojekt lanciere sei der, dass der Gemeinderat nicht einsehe, weshalb Erfahrungen über etwas gesammelt werden sollen, worüber in anderen Gemeinden bzw. allenfalls auf künftigem Langenthaler Stadtgebiet, bereits verfügt werde. Die Gemeinde Obersteckholz verfüge – ob gezwungenermassen oder nicht, bleibe dahin gestellt – bereits über Erfahrungen mit Mehrjahrgangsklassen. In ihrer Eigenschaft als die Vertreterin der Langenthaler Volksschulkommission in der Schulkommission Obersteckholz könne sie bestätigen, dass der Unterricht im Obersteckholz sehr gut funktioniere.

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 18 Stimmen Ja** (inklusive Stichentscheid der Stadtratspräsidentin) **gegen 17 Stimmen Nein** (bei 0 Enthaltungen):

- 1. Das Postulat** (gewandelte Motion) **Steiner-Brütsch Daniel (EVP) und Mitunterzeichnende vom 16. März 2015: Einführung von Mehrjahrgangsklassen wird nicht erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



## 6. Motion Steiner-Brütsch Daniel (EVP) und Mitunterzeichnende vom 16. März 2015: Einführung eines durchlässigen Schulmodells auf der Sekundarstufe 1; Stellungnahme

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Gemeinderätin Christine D'Ingiandi-Bobst (JU):** Mit dem Hinweis auf das angelaufene "Projekt erweiterte Schulplanung" betone sie namens des Gemeinderates, dass das Thema durchlässiges Schulmodell bereits aufgegriffen worden sei, womit der Vorstoss auf offene Türen stosse. Der Gemeinderat bitte den Stadtrat allerdings eindringlich, das Anliegen nicht in der Form der Motion sondern nur in der gewandelten in Form des Postulats zu unterstützen. Dies einzig aus dem Grund, dass der sehr wichtig angelaufene Prozess und die sich daraus ergebenden Erkenntnisse, nicht von der Politik vorweg genommen werden können.

**Motionär Daniel Steiner-Brütsch (EVP):** Dass der Gemeinderat das Anliegen im Grundsatz unterstütze, habe er erfreut zur Kenntnis genommen. Nicht ganz einig mit dem Gemeinderat gehe er in Bezug auf die Frage der Verbindlichkeit des Vorstosses (Motion oder Postulat).

Das Sekundarstufenniveau 1, 2 oder 3 in Langenthal (Realschule, Sekundarschule und Untergymnasium), sei ein Modell, welches vor allem oder häufig Jungs benachteilige. Mädchen seien zum Zeitpunkt des Übertrittsverfahrens in die Sekundarschule häufig weiter und reifer als Jungs, womit die Hürde für die Mädchen tendenziell geringer sei, was sich auch an den Übertrittszahlen im Kanton Bern zeige.

Die Selektionskriterien würden das ihrige dazutun: Es gebe 2 Sprachfächer im Übertritt (= Deutsch und Französisch) und ein naturwissenschaftliches Fach (= Mathematik). Damit seien wiederum Jungs oder aber - um es klischeehaft auszudrücken - Schüler mit Schwächen in den Sprachen aber mit Stärken in den naturwissenschaftlichen Fächern benachteiligt. Für diese sei der Übertritt in die Sekundarschule problematisch und könne zur Folge haben, dass gerade Schüler, welche es nicht in die Sekundarschule schaffen - obschon sie in gewissen Bereichen fähig wären - sehr unmotiviert in die Oberstufenzeit starten und die Zeit quasi verplempern, weil sie in gewissen Bereichen unterfordert seien. Mit dem durchlässigen Schulmodell liesse sich diesbezüglich Abhilfe schaffen, da die Schülerinnen und Schüler in gewissen Fächern im anderen Niveau unterrichtet werden könnten (beispielsweise Deutsch und Französisch auf Sekundarschulniveau; Mathematik auf Realschulniveau), womit die Schüler individueller gefördert und entsprechend ihrer Fähigkeiten vorbereitet werden könnten.

In Bezug auf den Fachkräftemangel könne es aus der Sicht der Wirtschaft nur von Interesse sein, dass gerade Schülerinnen und Schüler - die besonders in den Naturwissenschaften begabt seien, aber vielleicht in den Sprachen Schwächen aufweisen - auch in den Naturwissenschaften gefördert werden. Mit dem jetzigen Modell sei dies weniger möglich, als mit einem durchlässigen Schulmodell.

Schlussendlich sei ein durchlässiges Schulmodell auch ein Standortfaktor. Lotzwil habe bekanntermassen eine eigene Sekundarschule eröffnet. Dass dafür unter anderem das Fehlen eines durchlässigen Schulmodells in Langenthal den Ausschlag gegeben habe, sei möglich, wahrscheinlich seien aber auch finanzielle Gründe nicht von der Hand zu weisen. Zudem komme noch der Verlust der Quarta auf Sekundarstufenniveau Niveau dazu, welcher so oder so eine Neuorganisation auslöse.

Es sei klar, dass ein durchlässiges Schulmodell organisatorische Auswirkungen habe. Der Stundenplan sei nicht mehr so flexibel wie vorher und die Frage nach einem Oberstufenzentrum Kreuzfeld werde wahrscheinlich intensiver geprüft werden müssen, wenn ein durchlässiges Schulmodell eingeführt würde.

Ein durchlässiges Schulmodell habe gegenüber einem undurchlässigen Modell viele Pluspunkte. Langenthal gehöre in diesem Fall klar schon zu einer Minderheit im Kanton Bern. Bei den Mischklassen (Traktandum Nr. 5), befinde sich Langenthal in etwa in einer Halb-Halb-Situation.



## Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung von Montag, 22. Juni 2015

Wenn die Frage aus der Sicht der Schüler angesehen werde, gebe es eigentlich nichts, was gegen ein durchlässiges Schulmodell spreche. Seiner Meinung nach müsse überlegt werden, was dem Kind und was den Schülerinnen und Schülern diene. Diese Fragen gelte es ins Zentrum zu stellen, anstatt ein Gärtchen-denken oder Angst vor Veränderungen an den Tag zu legen. Er bitte um Unterstützung seines Anliegens und **wandle den Vorstoss in die Form des Postulats**.

**FDP/jll/BDP-Fraktion, Pascal Dietrich (jll):** Sicher nicht ganz überraschend stelle er fest, dass die FDP/jll/BDP-Fraktion für den vorliegenden Vorstoss deutlich mehr Sympathie hege, als für den Vorstoss im vorangegangenen Traktandum.

Die FDP/jll/BDP-Fraktion sei tatsächlich der Meinung, dass es sinnvoll wäre zu prüfen, ob das bestehende starre Modell noch zeitgemäss sei oder ob Anpassungen nötig wären. Idealerweise könne die Frage im Rahmen des aufgelegten "Projekts erweiterte Schulplanung" geprüft werden.

Die FDP/jll/BDP-Fraktion sei der Meinung, dass die Motion dem Gemeinderat zu enge Fesseln anlegen würde und, dass die Überweisung sinnvollerweise in der Form des Postulats erfolgen sollte. Stadtrat Daniel Steiner-Brütsch habe den Vorstoss schon gewandelt, so dass die FDP/jll/BDP-Fraktion den Vorstoss leider nicht mehr einstimmig, aber doch noch grossmehrheitlich unterstützen werde.

Die FDP/jll/BDP-Fraktion stehe in dieser Sache hinter dem Gemeinderat und habe volles Vertrauen darauf, dass die Angelegenheit richtig aufgelegt werde, was für die Zukunft von Langenthal sicherlich eine wichtige Angelegenheit sei.

**SVP-Fraktion, Andrea Schütz (SVP):** Bei den verschiedenen Formen des durchlässigen Schulmodells handle es sich in erster Linie um strukturell-organisatorische Massnahmen. Diese würden vor allem erheblichen und zusätzlichen administrativen Aufwand bewirken. Gemäss der viel beachteten "Hattie-Studie" aus dem Jahr 2009, seien die Effekte dieser Massnahmen auf den Lernerfolg einzelner Schülerinnen und Schüler kaum messbar. Wie wahrscheinlich von allen Anwesenden vermutet werde, seien vor allem die Lehrpersonen von grösster Bedeutung in dieser Beziehung. Die SVP-Fraktion unterstütze das Anliegen weder in der Form der Motion noch in der Form des Postulats.

**SP/GL-Fraktion, Martina Moser (SP):** Namens SP/GL-Fraktion nehme sie vorweg, die unterdessen in die Form des Postulats gewandelte Motion von Stadtrat Daniel Steiner-Brütsch zu unterstützen. Die SP/GL-Fraktion sei klar der Meinung, dass die Durchlässigkeit Chancen mit sich bringe, die besser früher als später angepackt und umgesetzt werden sollten. Mit einem durchlässigen Schulmodell werde der Tatsache Rechnung getragen, dass es Schüler gebe, die nicht in allen Niveau-Fächern gleich stark seien und darum eine unterschiedliche Förderung bräuchten.

Das Hauptziel jeder Bildung sollte doch sein, die Schüler möglichst optimal zu unterrichten und zu fördern um etwas aus ihren Stärken zu machen. Schüler sollten weder über- noch unterfordert sein. Die aktuelle Entwicklung scheine der SP/GL-Fraktion Recht zu geben: Im Kanton Bern werde bereits an 83% der Schulen ein durchlässiges Modell angewendet. Auch die Erziehungsdirektion des Kantons Bern befürworte durchlässige Schulmodelle.

Auch Sicht der SP/GL-Fraktion sollte auch Langenthal diesen Weg gehen, um als Bildungsstandort nicht an Attraktivität zu verlieren. Dass ein solcher Systemwechsel anfänglich mit Mehraufwand verknüpft sei, sei absolut logisch. Der Ansicht der SP/GL-Fraktion nach lohne sich der Mehraufwand - welcher sich primär in der Stundenplanorganisation und weniger in der Vorbereitung des Unterrichts niederschlage - auf jeden Fall.

Nicht zuletzt auch mit Blick auf den herrschenden Fachkräftemangel sei es sehr wichtig, bereits auf dieser Stufe die besonderen Qualitäten von Schülerinnen und Schülern entsprechend zu fördern. In dem Sinne werde die SP/GL Fraktion für die Erheblicherklärung des Postulats stimmen.



# Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung von Montag, 22. Juni 2015

**Matthias Wüthrich (SP):** Als Legastheniker habe er noch vom Modell 4/5 in Aarwangen profitieren können. Ohne dieses Schulmodell hätte er damals den Übertritt in die Sekundarschule (wegen der Fächer Französisch und Deutsch) sicherlich nicht geschafft, so dass er heute in Langenthal nicht so viele Steuern zahlen könnte. In diesem Sinne danke er dem Langenthaler Parlament für die Unterstützung eines durchlässigen Schulmodells.

**Postulant Daniel Steiner-Brütsch (EVP):** Als Lehrperson finde er es speziell, dass in beiden seiner Vorstösse (im Traktandum Nr. 5 und im vorliegenden Traktandum) - aus der Sicht der Lehrpersonen argumentiert werde oder worden sei. Speziell daran sei, dass nicht einmal von den Lehrpersonen so argumentiert werde, da ganz klar aus der Sicht der Schülerinnen und Schüler argumentiert werden müsste. Es gelte zu klären, was den Schülerinnen und Schülern diene, damit diese die gleichen Chancen erhalten, um Teil der Gesellschaft zu werden. Damit müssen sich manchmal halt auch die Lehrerinnen und Lehrer nach der Politik richten. Die Erwähnung der Hattie-Studie vermöge einen Pädagogen wie ihn schon fast in die Gänge zu bringen. Dass die Lehrperson ein zentrales Glied im Schulsystem sei, treffe zu, im Übrigen seien die Eltern jedoch ein noch zentraleres Glied.

Ein durchlässiges Schulmodell könne doch Einiges zur Verbesserung der Chancen von Schülerinnen und Schülern beitragen, deren Begabungen vielleicht etwas einseitig seien.

**Gemeinderätin Christine D'Ingiandi-Bobst (IU):** Stadträtin Martina Moser könne sie namens des Gemeinderates versichern, den Mehraufwand nicht zu fürchten, womit dieser Punkt kein Kriterium sei, wie mit dem Thema künftig umgegangen werde.

Stadtrat Daniel Steiner-Brütsch danke sie für die Wandlung des Vorstosses in die Form des Postulats. Die von Stadtrat Daniel Steiner-Brütsch erwähnte Leader-Ship-Funktion werde von der Volksschulkommission wahrgenommen. Zum Thema "erweiterte Schulplanung" habe bereits ein Workshop in einem grossen Gremium stattgefunden. Es gebe starke Hinweise darauf, dass nicht im Stile von "Gärtchendenken" gearbeitet worden sei und, dass ganz klar das Kind im Zentrum gestanden habe und auch weiterhin im Zentrum stehe werde.

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 24 Stimmen Ja gegen 9 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung):**

- 1. Das Postulat (gewandelte Motion) Steiner-Brütsch Daniel (EVP) und Mitunterzeichnende vom 16. März 2015: Einführung eines durchlässigen Schulmodells auf der Sekundarstufe 1 wird erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



## 7. Postulat Stäger Christoph (glp) und Mitunterzeichnende vom 16. März 2015: Sitzbänke in der oberen Markt-gasse; Stellungnahme

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP):** Die Ausgangslage der Markt-gasse sei aufgrund der Neugestaltung grundsätzlich sehr positiv. Mit dem Postulat soll der Gemeinderat beauftragt werden, zu prüfen, ob in der Markt-gasse ein bis zwei Sitzbänke aufgestellt werden können. Bei einem Augenschein vor Ort vor zirka 3 1/2 Stunden habe er zwei Sitzbänke entdeckt. Ein Sitzbank befinde sich vor dem Suter's und einer etwas weiter oben (vor der Abzweigung in die Schorenstrasse).

In der oberen Markt-gasse sei der öffentliche Raum bekannterweise relativ eingeschränkt bzw. auf die Fahrbahn und gewisse Seitenbereiche beschränkt (beispielsweise der Seitenbereich beim Lindenbaum an der Langeten). Die übrigen Vorgelände seien in privater Hand. Im Rahmen der Umgestaltung seien viele Verhandlungen geführt und grosser Aufwand betrieben worden, um mit den Grundeigentümern Einzel-dienstbarkeitsverträge abzuschliessen, worin unter anderem die Durchgangsverhältnisse aufgrund der Geschäftsauslagen geregelt seien.

Ein Blick auf die rechtliche Grundlage (Überbauungsordnung) im jetzigen Zeitpunkt lasse die Interpretation zu, dass entfernbare Sitzbankinstallationen nicht verboten wären. In der oberen Markt-gasse müssen Installationen wegen der Hochwassersituation aber nach wie vor entfernt werden können. Ein Vorgehen im Sinne des Postulats würde bedingen, die dienstbarkeitsvertraglichen Abmachungen mit den Grundeigen-tümern wieder in Frage zu stellen, was vom Gemeinderat nicht unterstützt werde.

Fraglich sei auch, ob überhaupt Bedarf nach einer Intervention der Öffentlichkeit bestehe, um dem sicher sympathischen Anliegen zum Durchbruch zu verhelfen, oder, ob das gewünschte Ergebnis mit einer an-derlaufenden Aktion erreicht werden könnte (Beispiel: Bankaktion anlässlich des kantonalen Jodlerfestes in Langenthal im Jahre 2010). Im Übrigen gebe es durch eine Konsumation in einem der verschiedenen Restaurationsbetriebe bereits zahlreiche Möglichkeiten in der oberen Markt-gasse sitzen zu können, womit ausserdem auch der Belebung der Gasse Rechnung getragen werde.

Der Gemeinderat stelle die Verhältnismässigkeit des Anliegens in Frage. Mit der Erheblicherklärung des Postulats müsste das Anliegen geprüft und in einem entsprechenden Prüfbericht dokumentiert werden. Ausserdem müssten die dienstbarkeitsvertraglichen Situationen erneut näher angeschaut und allenfalls neu verhandelt werden. Im Hinblick auf andere vom Gemeinderat vorzunehmende Tätigkeiten werde der Aufwand zur Schaffung von einer bis zwei Sitzgelegenheit als zu gross erachtet.

Der Gemeinderat beantrage die Nichterheblicherklärung des Postulats nicht, weil er gegen Sitzgelegenhei-ten in der Markt-gasse sei, sondern weil die Schaffung von Sitzgelegenheiten im Bedarfsfall schon mit den jetzigen rechtlichen Voraussetzungen möglich wäre, was gemäss seinem Augenschein auch schon pas-siert sei.

**Postulent Christoph Stäger (glp):** Sein Postulat habe zum Ziel, die obere Märkt-gasse etwas attraktiver zu gestalten. Schön gestaltete, farbige, festmontierte Sitzbänke würden in eine gemütliche Flanierzone gehö-ren. Sitzbänke seien ausserdem nicht nur praktisch, sondern sie würden auch ein Flair von Freizeit und Er-holung verströmen.

Auch die Bestückung eines Grossteils der Bushaltestellen mit Sitzgelegenheiten sei nicht einfach gewesen und doch sei das Unterfangen - bei dem es sich auch um kein existenzielles Problem der Stadt gehandelt habe - umgesetzt worden. Manchmal lasse sich mit kleinen und billigen Massnahmen ein Beitrag an das Wohlbefinden der Bürger leisten.



Dass das Anliegen vom Gemeinderat abgelehnt werde, obschon er es nur als Prüfungsauftrag formuliert habe, erstaune ihn etwas. Besonders die Begründung, dass durch die Sitzbänke der Fussgängerverkehr beeinträchtigt werden könnte, finde er pikant. Auch die Idee - dass wegen der Installation von Sitzbänken der Fussgängerverkehr in der oberen Märitgasse beeinträchtigt werden könnte, wo doch praktisch um jeden einzelnen Passanten gekämpft werden müsse - gelte es sich auf der Zunge zergehen zu lassen. Ein Mysterium sehe er zudem darin, dass das Anliegen speziell von den Machern der oberen Märitgasse abgelehnt werde.

In der Hoffnung, dass das Parlament etwas praktischer denke, bitte er darum, das kleine Anliegen mit seiner grossen Wirkung zu unterstützen.

**SVP-Fraktion, Michael Schenk (SVP):** Die SVP-Fraktion teile die Meinung des Gemeinderates und lehne die Erheblicherklärung des Postulats ab. Die SVP-Fraktion sei der Auffassung, dass es nicht die Aufgabe der Politik sein könne, über Sachen dieser Art zu bestimmen und diese zu überprüfen. Die Initiative müsse von den Geschäftsinhabern ausgehen, zu deren Aufgabe es gehöre, die Marktgasse zu beleben.

Die Fixinstallation von Sitzgelegenheiten sei nicht nur in hochwassertechnischer Hinsicht problematisch, da damit zum Beispiel auch ein Veranstaltungsort mit Übernachtungsmöglichkeiten für Leute geschaffen würde, die dort nicht hingehören.

**SP/GL-Fraktion, Simon Lüdi (SP):** Von der SP/GL-Fraktion werde keine einheitliche Meinung zum Anliegen vertreten.

Die SP/GL-Fraktion, welche grundsätzlich nichts gegen ein paar Sitzgelegenheiten in der oberen Märitgasse habe, habe sich allerdings gefragt, inwieweit die Breitstellung von Sitzbänken zu den Aufgaben der Stadt gehöre, oder ob die Initiative nicht eher den jeweiligen Grundeigentümern überlassen werden sollte? Bei einer entsprechenden Anfrage müsste allerdings von Seiten der Stadt, Hand für eine unbürokratische und kulante Lösung geboten werden.

Eine gewisse Individualität dürfe nach Ansicht der SP/GL-Fraktion sein, da damit Farbe und Leben in die Stadt gebracht werde, womit wahrscheinlich kein Schaden angerichtet werden könne.

Die SP/GL-Fraktion sei mit knapper Mehrheit für die Erheblicherklärung des Postulats.

**FDP/jll/BDP-Fraktion, Markus Gfeller (FDP):** Die FDP/jll/BDP-Fraktion sei nach Beratung des vorliegenden Traktandums zumindest mehrheitlich zum gleichen Schluss gelangt wie der Gemeinderat.

Persönlich sei er an und für sich sehr zufrieden, dass der Gemeinderat bereits heute klar sage, keinen Prüfungsauftrag und damit keinen Auftrag zur Ausarbeitung eines Prüfberichts über ein Thema zu wollen, das er bereits heute ablehne. Die FDP/jll/BDP-Fraktion erachte das Vorgehen des Gemeinderates als pragmatisch und unterstützenswert.

Wie die SVP-Fraktion habe auch die FDP/jll/BDP-Fraktion den Eindruck, dass die Initiative von den dort arbeitenden und wohnenden Leuten ausgehen müsste. Wenn die Stimmung in der Fraktion noch dieselbe sei, wie letzten Montag, dann werde die FDP/jll/BDP-Fraktion das Postulat - im Sinne des Antrags des Gemeinderates - mit zwei Gegenstimmen ablehnen.

**Pascal Dietrich (jll):** Momentan laufe auf eidgenössischer Ebene die Diskussion, ob und wie Volksinitiativen wie aktuell die Masseneinwanderungsinitiative oder die Zweitwohnungsinitiative umgesetzt werden sollen. Auf nationaler Ebene und etwas weiter zurück, liege das heisse Thema der Alpeninitiative, das immer noch nicht vollständig umgesetzt worden sei.

Im Grundsatz stelle das vorliegend postulierte Anliegen eine Volksinitiative auf kommunaler Ebene dar. Dies deshalb, weil die Jungliberalen Langenthal am 28. September 1992 die Gemeindeinitiative für eine verkehrsfreie Märitgasse lanciert haben, welche dann am Fasnachtssonntag (1994) klar angenommen worden sei.



# Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung von Montag, 22. Juni 2015

Im entsprechenden Initiativtext sei damals klar festgehalten worden, dass die Märitgasse verkehrsfrei und mit Wasserelementen und Sitzgelegenheiten attraktiv für FussgängerInnen und VelofahrerInnen gestaltet werden müsse.

Im Übrigen habe es weitere Vorstösse gegeben: Richard Bobst (ehemaliger FDP-Stadtrat) habe im Jahr 1999 bereits eine Motion für mehr Wasser-, Licht- und Sitzgelegenheiten im Zentrum lanciert. Diese Motion sei angenommen worden. Vor diesem Hintergrund sei er persönlich erstaunt, dass der Gemeinderat dem Anliegen so negativ gegenüberstehe, was natürlich aber nicht als ein Vorwurf an die jetzige Stadtrregierung verstanden werden dürfe, von der die ganze Geschichte immerhin endlich zu Ende gebracht worden sei, was die vorangegangene Stadtrregierung nicht fertig gebracht habe. Mit der Umsetzung des Postulats bzw. zumindest mit der Prüfung des postulierten Anliegens würde endlich die Initiative der Jungliberalen Langenthal aus dem Jahre 1994 fertig umgesetzt. In diesem Zusammenhang erachte er die gehörten Voten, wonach die Politik nicht zuständig sein soll, als verfehlt, da damit ein Volksauftrag aus einer angenommenen Initiative erfüllt würde. Er bitte dem Postulat von Stadtrat Christoph Stäger zuzustimmen.

**Beat Sterchi (SVP):** Wenn er das Bedürfnis habe ins Leere zu schauen, dann könne er sich in seinen Garten setzen und in Richtung Bützberg blicken. Ein Sitzbänkli in der oberen Marktgasse brauche er dazu auf keinen Fall. Auch glaube er nicht, dass wegen der Installation von Sitzbänken mehr Leute in die Marktgasse gehen würden und, dass damit ein weiterer Bestandteil der Initiative - die er im Übrigen persönlich als unglücklich zu bezeichnen pflege - aus dem Jahre 1994 umgesetzt würde.

**Pascal Dietrich (JL)** unterbricht Stadtrat Beat Sterchi mit dem Zwischenruf, dass die Initiative vom Volk angenommen worden sei.

**Beat Sterchi (SVP)** merkt auf den Zwischenruf von Stadtrat Pascal an, dass sich Masse der Masseninitiative vielleicht mit der fehlenden Masse an Sinn der Initiative der Jungliberalen kombinieren lassen würde.

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 20 Stimmen Ja gegen 13 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung):**

- 1. Das Postulat Stäger Christoph (glp) und Mitunterzeichnende vom 16. März 2015: Sitzbänke in der oberen Marktgasse wird nicht erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



## 8. Interpellation der SVP-Fraktion vom 4. Mai 2015 betreffend Massnahmen der Stadt Langenthal gegen die in Aussicht gestellte Schliessung der Poststelle 2 am Löwenplatz ("Löwenpost"); Beantwortung

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Interpellant/Sprecher der SVP-Fraktion, Roberto Di Nino (SVP):** Namens der SVP-Fraktion teile er mit, mit den Antworten auf die Fragen zufrieden zu sein. Die Beantwortung sei inhaltlich überzeugend, da darin der Wille des Gemeinderates spürbar zum Ausdruck komme, die Löwenpost erhalten zu wollen. Die SVP-Fraktion vertrete die klare Haltung, dass die Poststelle, die 30% des Gemeindegebietes von Langenthal abdecke, nicht einfach verschwinden dürfe, zumal es keine wirtschaftlichen Gründe für eine Schliessung gebe.

Der Gemeinderat habe die nötigen rechtlichen Schritte eingeleitet, was von der SVP-Fraktion mit Freude einerseits und in der Hoffnung auf möglichst viel Erfolg andererseits zur Kenntnis genommen werde.

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat nimmt die schriftliche Beantwortung vom 27. Mai 2015 des Gemeinderates sowie die Ausführungen des Sprechers der Interpellanten zur Kenntnis.**

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



**9. Interpellation Bösiger Markus (FDP) und Dietrich Pascal (JL) vom 4. Mai 2015 betreffend Zukunft der Poststelle 2 Löwenplatz; Beantwortung**

**I Eintretensfrage:**

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

**II Detailberatung:**

**Interpellant Pascal Dietrich (JL):** Er sowie sein Mitinterpellant schliesse sich den Worten des Sprechers der SVP-Fraktion (Stadtrat Roberto Di Nino) zum vorangegangenen Traktandum als auch der Haltung des Gemeinderates an. Obwohl allen bewusst sein müsse, dass der mögliche Handlungsspielraum nicht allzu gross sei, sei der Gemeinderat gefordert, nicht locker zu lassen, zumal sich Hartnäckigkeit manchmal lohne.

**III Abstimmung:**

**Der Stadtrat nimmt die schriftliche Beantwortung vom 27. Mai 2015 des Gemeinderates sowie die Ausführungen des Interpellanten zur Kenntnis.**

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



# Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung von Montag, 22. Juni 2015

**10. Einfache Anfrage Dietrich Pascal (jll) vom 4. Mai 2015 betreffend Verhältnis von Preis und Leistung in der Badi; Beantwortung**

**I Eintretensfrage:**

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

**II Detailberatung:**

**Stadtratspräsidentin Helena Morgenthaler (SVP):** Gemäss Art. 39 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Stadtrates werde weder über die Einfache Anfrage noch über die in schriftlicher Form vorliegende Antwort des Gemeinderates diskutiert.

**III Abstimmung:**

**Der Stadtrat nimmt die schriftliche Beantwortung vom 27. Mai 2015 des Gemeinderates zur Kenntnis.**

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



## 11. Mitteilungen des Gemeinderates

- **Hochwasserentlastungskanal Bahnhofstrasse: Information gemäss Artikel 71 Absatz 2 der Stadtverfassung über den Gemeinderatsbeschluss vom 6. Mai 2015 betreffend die Bewilligung des Investitionskredites (gebundene Ausgabe) von Fr. 341'235.00**

**Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP):** Für die mittlerweile eröffnete Baustelle habe der Gemeinderat einen Investitionskredit als gebundene Ausgabe bewilligt. Der Hochwasserschutzkanal an der Bahnhofstrasse müsse wegen altersbedingt eingetretener Schäden durch den Hochwasserschutzverband des unteren Langetals in Stand gesetzt werden. Auf der Basis des Kostenverteilers gemäss dem Organisationsreglements des Hochwasserschutzverbandes entfallen auf das Baulos 1 (erste Etappe ab Haus Nr. 43 bis zum Postgebäude) veranschlagte Kosten im Betrag von Fr. 450'000.00. Der Anteil der Verbandsgemeinde Langenthal betrage 75,83%, weshalb der Gemeinderat einen Investitionskredit in der Höhe von Fr. 341'235.00 als gebundene Ausgabe beschlossen habe. Der Gemeinderatsbeschluss vom 6. Mai 2015 sei am 13. Mai 2015 im Anzeiger für Langenthal und Umgebung publiziert worden. Die Beschwerdefrist sei mittlerweile unbenutzt verstrichen.

- **Verwaltungszentrum: Sanierung des Flachdachs: Information gemäss Artikel 71 Absatz 2 der Stadtverfassung über den Gemeinderatsbeschluss vom 27. Mai 2015 betreffend die Bewilligung des Investitionskredites (gebundene Ausgabe)**

**Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP):** Das Verwaltungszentrum sei in den Jahren 1990-1992 gebaut worden. Aufgrund häufiger Wasserinfiltrationen an verschiedenen Stellen im Flachdachbereich – insbesondere über dem 3. Obergeschoss – habe der Gemeinderat an der Sitzung vom 27. Mai 2015 einen Investitionskredit in der Höhe von insgesamt Fr. 1'605'000.00 gesprochen, wovon der Anteil der Stadt Langenthal Fr. 971'000.00 betrage, um Folgeschäden zu vermeiden und um die umfassende und zeitlich dringende Sanierung vorzunehmen. Der Gemeinderatsbeschluss vom 27. Mai 2015 sei am 4. Juni 2015 im Anzeiger für Langenthal und Umgebung publiziert worden. Das Datum der Beschwerdefrist laufe noch.

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 12. Bekanntmachung der eingereichten Parlamentarischen Vorstösse

### ■ Rückzug der Motion Steiner-Brütsch Daniel (EVP) und Rickli Karin (GL) vom 4. Mai 2015: Abgabepflicht von Entschädigungen der Stadtpräsidentin bzw. des Stadtpräsidenten

**stv. Stadtschreiberin Mirjam Tschumi:** Mit E-Mail vom 19. Mai 2015 sei der Vorstoss von den Motionären mit dem Hinweis zurückgezogen worden, dass an der heutigen Sitzung zum selben Thema aber mit einer überarbeiteten Textformulierung eine präzisere Version der Motion eingereicht werde (siehe Traktandum Nr. 12 A).

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 12 A. Eingereichte Motion Steiner-Brütsch Daniel (EVP) und Rickli Karin (GL) vom 22. Juni 2015: Strengere Abgabepflicht von Entschädigungen der Stadtpräsidentin bzw. des Stadtpräsidenten

Motionstext:

### **"Strengere Abgabepflicht von Entschädigungen der Stadtpräsidentin bzw. des Stadtpräsidenten"**

*Die geltenden Bestimmungen im Personalreglement zur Abgabepflicht von Entschädigungen der Stadtpräsidentin bzw. des Stadtpräsidenten gehen zu wenig weit. Der Gemeinderat wird deshalb beauftragt, die rechtlichen Grundlagen dahingehend anzupassen, dass Entschädigungen, die der Stadtpräsidentin bzw. dem Stadtpräsidenten aus Ämtern zufließen, die diese oder dieser aufgrund ihres/seines Amtes als Stadtpräsidentin bzw. Stadtpräsidenten innehat, vollumfänglich der Stadt zustehen. Die Abgabepflicht soll insbesondere auch für Entschädigungen gelten, welche die Stadtpräsidentin bzw. der Stadtpräsident aus der Tätigkeit im kantonalen oder eidgenössischen Parlament bezieht. Gegebenenfalls sollen mögliche Fehlanreize einer solchen Regelung mit geeigneten Bestimmungen (z.B. vereinzelt Ausnahmen von der Abgabepflicht) verhindert werden.*

*Begründung: In der teilrevidierten Stadtverfassung wird das Stadtpräsidium einerseits als Vollamt definiert. Andererseits ist verankert, dass die Stadtpräsidentin bzw. der Stadtpräsident «die Interessen der Stadt nach aussen, insbesondere gegenüber dem Kanton und der Region», vertritt.*

*Somit gehört es zur bezahlten Kernaufgabe der vollamtlichen Stadtpräsidentin bzw. des vollamtlichen Stadtpräsidenten, in geeigneten Gremien Einsitz zu nehmen, um dort die Interessen der Stadt Langenthal zu vertreten. Zu dieser Tätigkeit gehören im Übrigen sowohl Ämter, die die Stadtpräsidentin bzw. der Stadtpräsident von Amtes wegen einnimmt, als auch Mandate im kantonalen bzw. eidgenössischen Parlament.*

*Allerdings ist es nicht nachvollziehbar, weshalb das Stadtpräsidium für die Ausübung des gesetzlichen Kernauftrages zusätzlich entschädigt werden soll - zumal der Stadtpräsidentin bzw. dem Stadtpräsidenten die Zeit in den betreffenden Gremien (teilweise) als Arbeitszeit angerechnet werden kann.*

*Aus diesen Gründen beantragen wir eine umfassendere Abgabepflicht von Entschädigungen der Stadtpräsidentin bzw. des Stadtpräsidenten, als dies aktuell im Personalreglement vorgesehen ist:*

*Entschädigungen, die der Stadtpräsidentin bzw. dem Stadtpräsidenten aus Ämtern zufließen, die diese oder dieser aufgrund ihres/seines Amtes als Stadtpräsidentin bzw. Stadtpräsidenten innehat und Entschädigungen aus der Tätigkeit als Parlamentarierin bzw. Parlamentarier, sollen vollumfänglich der Stadt Langenthal zustehen. Gegebenenfalls sollen mögliche Fehlanreize einer solchen Regelung mit geeigneten Bestimmungen verhindert werden.*

*Einige Beispiele sollen aufzeigen, wie die Abgabepflicht von Entschädigungen (der Gemeinderatsmitglieder) in anderen Städten geregelt ist:*

*Burgdorf: Vertritt ein Mitglied des Gemeinderates die Stadt in einer anderen Institution oder Körperschaft, stehen die dort ausgerichteten pauschalen Entschädigungen der Stadt zu, soweit sie einen gewissen Freibetrag übersteigen. Der Freibetrag für alle Vertretungen zusammen beträgt ein Viertel der abgabepflichtigen Vergütungen, mindestens aber Fr. 5'000.00.*

*Für vollamtliche Mitglieder des Gemeinderates gilt die Abgabepflicht auch für Sitzungsgelder sowie für die Entschädigungen, welche sie für die Teilnahme an Sessionssitzungen des Grossen Rates oder der Bundesversammlung beziehen. Nicht unter die Abgabepflicht fallen Spesen (Auslagensatz).*

*Biel: Alle fünf Gemeinderatsmitglieder üben ein Vollamt aus. Es besteht eine Abgabepflicht für die Mitglieder des Gemeinderates und das Personal der Stadtverwaltung. Der Freibetrag beträgt Fr. 4'000.00. Von den Entschädigungen aus Nationalrats- und Ständeratsmandaten müssen nur die Pauschalen abgeliefert werden, nicht aber die Sitzungsgelder und andere Entgelte.*



## Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung von Montag, 22. Juni 2015

*Bern: Alle fünf Gemeinderatsmitglieder üben ein Vollamt aus. Es besteht eine Ablieferungspflicht für Dreiviertel aller Entschädigungen aus Mandaten im Grossen Rat oder in der Bundesversammlung sowie aus entgeltlichen Nebenbeschäftigungen, die bis zum Umfang von 10 Stellenprozenten zulässig sind. Für Entschädigungen, welche die Ratsmitglieder aus der Vertretung der Stadt in anderen Institutionen beziehen, besteht keine Abgabepflicht."*

*Daniel Steiner-Brütsch und Karin Rickli*

---

Die Beantwortung der Motion erfolgt gemäss Art. 36 Abs. 2 Geschäftsordnung des Stadtrates<sup>1</sup>

---

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---

---

<sup>1</sup> **Art. 36 Geschäftsordnung des Stadtrates** (Form und Behandlung der Motionen und Postulate)

<sup>2</sup> Die eingegangenen Motionen und Postulate werden am Schluss der Sitzung verlesen. Der Gemeinderat hat bis zur übernächsten Ratssitzung dazu Stellung zu nehmen. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Frist zur Stellungnahme angemessen verlängern.



## 12 B. Eingereichte Motion Bayard Paul und Grädel-Fankhauser Therese (beide SP) und Mitunterzeichnende vom 22. Juni 2015: Nutzung der Truppenunterkunft als Flüchtlingsunterkunft

Motionstext:

### **"Nutzung der Truppenunterkunft als Flüchtlingsunterkunft**

*Ein Zeichen setzen zum Weltflüchtlingstag*

*Die Zahl der Flüchtlinge steigt wieder einmal dramatisch an. Auch die bernischen Gemeinden müssen vom Bund zugewiesene Flüchtlinge beherbergen. Langenthal kommt dieser Aufgabe zwar teilweise nach, hätte aber durchaus Potential, um mehr zu tun. Geeignete Immobilien und Standorte zu finden, ist jedoch nicht ganz einfach und oft mit erheblichem finanziellem Aufwand verbunden.*

*Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen, wie sich eine Unterbringung von Flüchtlingen in der Truppenunterkunft beim Feuerwehrmagazin realisieren lässt.*

*Aus unserer Sicht würde sich die Truppenunterkunft beim Feuerwehrmagazin mit relativ kleinem Aufwand zu einem Zentrum für Asylsuchende umfunktionieren lassen. Unterkünfte, Gemeinschaftsräume und eine zumutbare (nein, eine gute) Infrastruktur bezüglich Kochgelegenheiten, sanitären Einrichtungen usw. sind bereits vorhanden.*

*Diese Nutzungsänderung würde zwei Ziele auf einen Schlag erreichen:*

- *Langenthal könnte gegenüber dem Bund seine Solidarität bei der Herkulesaufgabe der menschenwürdigen Unterbringung von Flüchtlingen beweisen.*
- *Durch die kontinuierliche Auslastung würde ein wiederkehrender Beitrag an die angestrebte Reduktion des strukturellen Defizits der Stadt (AEA hat nach solchen Beiträgen gesucht) erfolgen.*

*Die Truppenunterkunft wird nur noch sporadisch von militärischen Einheiten benutzt. Auch Vereine suchen sich, wenn es sich einrichten lässt, lieber ein kostengünstigeres Lokal, da die Mietkosten nicht als besonders günstig gelten. Die relative Nähe zum Zentrum bietet die Möglichkeit, zugewiesene Flüchtlinge in die sozialen Strukturen der Stadt einzubeziehen. Erfahrungen in anderen Gemeinden zeigen, dass sich die anfänglichen Befürchtungen der Bevölkerung vor Lärm, Bettelei u.a., in den seltensten Fällen bewahrheitet haben.*

*Die weltweiten Flüchtlingsströme werden durch Wegschauen und St. Florians-Gehabe nicht kleiner. Jeder sollte im Rahmen seiner Möglichkeiten dazu beitragen, das Elend zu minimieren. Langenthal könnte mit der Annahme unseres Vorstosses seinen Teil dazu beisteuern, dass die Schweiz ihre humanitären Verpflichtungen auch im 21. Jahrhundert erfüllen kann. Pestalozzi hat 1826 im Bären in Langenthal sein Vermächtnis hinterlassen. Das Individuum soll im Zentrum stehen und Hilfe bei der Entfaltung und Menschwerdung erhalten. Es würde Langenthal wohl anstehen, in diesem Geist offen an die Lösung des dringendsten Problems unserer Zeit heranzugehen."*

*Paul Bayard und Therese Grädel-Fankhauser*

---

Die Beantwortung der Motion erfolgt gemäss Art. 36 Abs. 2 Geschäftsordnung des Stadtrates<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> **Art. 36 Geschäftsordnung des Stadtrates** (Form und Behandlung der Motionen und Postulate)

<sup>2</sup> Die eingegangenen Motionen und Postulate werden am Schluss der Sitzung verlesen. Der Gemeinderat hat bis zur übernächsten Ratssitzung dazu Stellung zu nehmen. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Frist zur Stellungnahme angemessen verlängern.



# Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung von Montag, 22. Juni 2015

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



# Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung von Montag, 22. Juni 2015

## 13. In eigener Sache

### ■ Tischreservation im Restaurant Brauerei

**Stadratspräsidentin Helena Morgenthaler (SVP):** Weil es zur Zeit nicht möglich sei, sich im Anschluss an die Stadtratssitzung in der Alten Mühle noch einen Drink zu genehmigen, habe sie sich erlaubt, im Restaurant Brauerei einen Tisch zu reservieren. Wem es möglich sei und wer noch Lust dazu habe, soll sich doch auf ein Glas in der Brauerei einfinden.

Herrn Stadtrat Michael Schenk danke sie dafür, den **Stadtratssaal** für die heutige Sitzung mit wunderbaren Hortensien **verschönert zu haben.**



### ■ Rücktritt von Beat Sterchi aus dem Stadtrat

**Stadratspräsidentin Helena Morgenthaler (SVP):** Mit Schreiben vom 14. Juni 2015 habe Stadtrat Beat Sterchi den Gemeinderat über seinen Rücktritt aus dem Stadtrat informiert.

Mit Beat Sterchi verlasse ein "politisches Urgestein" den Langenthaler Stadtrat. Beat Sterchi sei viel ans Mikrofon getreten und habe die Lacher oft auf seiner Seite gehabt. Beat Sterchi habe stets einen gradlinigen Weg beschritten.

Stadtrat Beat Sterchi sei 1982 bereits in der Stiftung Mühle tätig gewesen. Seit dem 1. Januar 1995 bis Ende dieses Monats werde er genau 20 1/2-Jahre als Stadtrat gewirkt haben. Stadtrat Beat Sterchi wirke immer frisch, voller Ideen, stets kritisch und sei ein Querdenker. Im Jahr 2003 habe Beat Sterchi den Stadtrat präsidiert und in den Jahren 2005-2012 sei er auch Mitglied der Finanzkommission gewesen.

Mit der Übergabe von Blumen danke sie Beat Sterchi für den Einsatz zu Gunsten der Sache und der Stadt Langenthal.

*(Applaus)*





**Beat Sterchi (SVP):** *"Liebe Helena, werte Kolleginnen und Kollegen*

*Merci vielmals für den warmen Applaus und dafür, dass ich mit den Blumen einmal etwas Positives nach Hause bringen darf - worüber sich auch meine Frau freuen wird. Ich habe mir überlegt, was man nach so langer Zeit als Stadtrat sagen soll. Ich werde euch sicher nicht sagen, was ihr eigentlich zu tun hättet.*

*In den 20 Jahren hat es drei konstante Sachen gegeben:*

- **Die Person Thomas Rufener:** *Ich habe Thomas Rufener bereits in dessen Funktion als Ressortvorsteher Finanzen erlebt, bevor dieser nach einer schöpferischen Pause vor neun Jahren das Amt des Stadtpräsidenten übernahm. Ich und Stadtpräsident Thomas Rufener sind gleich alt und vier Jahre zusammen in die Schule gegangen. Weil ich im Turnen nicht allzu gut war, aber ab und zu im Handball oder Fussball auch zum gewinnenden Team gehören wollte, habe ich bei der Teamzusammenstellung jeweils darauf geschaut, das gleich farbige Bändchen zu erwischen wie Thomas Rufener.*

*Politisch hat es sich in den letzten neun Jahren ähnlich abgespielt. Wer auf der Seite von Thomas Rufener gewesen ist, konnte und kann davon ausgehen, dass gute und pragmatische Lösungen erarbeitet werden und zur Umsetzung gelangen. Die Konstanz, die mit dem Aufhören des Stadtpräsidenten in einem Jahr oder in anderthalb Jahren fehlen wird, wird ganz sicher grösser sein, als wenn ein 20 Jahre aktiver Stadtrat aus dem Stadtrat austritt.*

- **Kanton Bern:** *Als ich als Stadtrat angefangen habe, ist die Lage des Kantons auch schon schlecht gewesen. Damals war das Kantonalbankendebakel aktuell. Unterdessen mussten mindestens schon drei kantonale Pensionskassen für mehrere Milliarden Franken revidiert werden. Trotzdem herrscht immer noch Optimismus, was sich am Willen zeigt, für mehrere Millionen Franken die Spitalnetz AG in Bern bauen zu wollen. Das Personal glaubt offenbar nicht so daran. Ein Teil der Angestellten hat sich bereits ausgeklinkt und auch die Experten sind skeptisch, dass der Kanton im heutigen Zeitpunkt in die Grundversorgung der Agglomeration Bern investiert, wo bereits ein Überangebot herrscht.*

*Wie dem auch sei. Ich bin der Meinung, dass die Probleme im Kanton Bern nicht von den Gemeinden sondern vom Kanton verursacht werden. Der Kanton Bern ist sehr zentralistisch aufgebaut und greift zudem sehr stark in die operativen Tätigkeiten der Gemeinden ein, wofür es sehr viele Schnittstellen braucht. Es ist eine Illusion zu glauben, dass durch die Zentralisierung eine effizientere Aufgabenerledigung erfolgt. Im Gegenteil: Aus diesem Grund bestehen die finanziellen Probleme, die wiederum weiter über den Lastenverkehr laufen und mit Transferkosten auf die Gemeinden verbunden sind.*

**Strommarkt:** *Die Ausgliederung der Industriellen Betriebe Langenthal ist im ersten Halbjahr des Jahres 1995 erstmals als Projekt behandelt worden. Gemäss Zefix-Eintrag ist die Gründung der neuen Aktiengesellschaft mittlerweile publiziert worden.*

*Als ein in der Energiewirtschaft tätiger Jurist empfehle ich, es nicht so zu machen, wie dies im Falle der Ersparniskasse der Fall war. Als ich neu im Stadtrat war, hiess es, dass die Gemeindeaktiengesellschaft "Ersparniskasse" verkauft werden muss, wofür die Stadt Langenthal Fr. 9 Mio. erhalten hat. Dass die Industriellen Betriebe bzw. die Versorgung mit Elektrizität, Gas und Wasser ein Service Public bleibt, ist klar zu verfolgen. Auch was die Schweiz mit der EU in Bezug auf Stromabkommen (rechtliche Sicherung von Transferleitungen) vereinbart, ist zu verfolgen. Mittlerweile zeigt sich in Verhandlungen, dass die EU und die Schweiz unterschiedliche Vorstellungen von Service Public haben. Für die Schweiz ist der Netzbetrieb eine klar hoheitliche Aufgabe, wogegen von der EU auch eine Liberalisierung der Netzaufgaben verlangt wird. Das heisst, dass die Netze periodisch ausgeschrieben werden müssen.*

*Ich finde es falsch, dass der Bundesrat ausgerechnet im Bereich der Stromversorgung Übungen veranstaltet, um die institutionellen Rahmenbedingungen zu ändern. Ich bin der Meinung, dass die Schweiz nur verlieren kann. In der Schweiz gibt es 700 Gemeinwerke. Die EU ist total anders organisiert. In Frankreich gibt es einen Bewerber. In Deutschland noch zirka 300. In anderen Ländern gibt es noch je*



## Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung von Montag, 22. Juni 2015

*zwei bis drei grosse Gesellschaften.*

*Mein persönliches Fazit lautet, auf die Globalisierung möglichst mit vielen lokalen Regeln zu reagieren, damit der Bürger seinen Einfluss behalten kann, den er in der Wirtschaft bereits verloren hat. Wichtig ist, dass dort wo der Bürger wohnt, er seine Organisation und die Planung selber bestimmen kann. Ich hoffe, dass meine Gedanken aufgenommen werden und dass ihr weiter am Wohl der Gesellschaft und der Stadt arbeitet. Ich wünsche euch und euren Familien, der Verwaltung und den Mitgliedern des Gemeinderates alles Gute, viel Erfolg und gute Gesundheit!"*

*(Applaus)*

**Stadtratspräsidentin Helena Morgenthaler (SVP):** Mit dem Hinweis auf die nächste Sitzung des Stadtrates am 17. August 2015 wünsche sie allen eine gute Heimkehr sowie eine gute Nacht und erkläre die Sitzung um 21.55 Uhr für geschlossen."